Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 37
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 145 | Bezugspreis: Monatl. 4.— Mk. b. Abholung, 4.50 Mk. frei Haus. Durch Postbezug 4.50 Mk., oder 13.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Bei Einsendung des Bezugspreises auf das Postscheckkonto trägt der Verlag die Bestellgebühren. | Halle, Mittwoch, den 23. Juni 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 60 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 2.50 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50 % Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang

Neue Schwierigkeiten.

Berlin, 23. Juni. (WTB.) Zu den neuen Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung wird dem „Vorwärts" berichtet: Gegen fünf Stimmen beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern, bei der Vertrauensabstimmung, die der Abgabe der Regierungserklärung folgen werde, Stimmenthaltung zu üben. Die Fraktion beabsichtigt ihre Stimmenthaltung zu motivieren dahin, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spa keine Schwierigkeiten erwachsen würden.

*

Verschiedenen Blättern zufolge war es bis zur Mitternachtsstunde noch ungewiß, ob die Deutsche demokratische Partei sich mit der neuen Hinausziehung des verlangten Vertrauensvotums zufrieden gäbe oder von den Koalitionsverhandlungen zurücktrete.

Berlin, 22. Juni. Die sozialdemokratische Fraktion hat dem Vernehmen nach dem Parteiausschuß der Deutschen demokratischen Partei Kenntnis von ihrem Beschluß gegeben, einer Regierung, in der die Deutsche Volkspartei vertreten sei, ein Vertrauensvotum nicht erteilen zu können. Hierauf hielt die demokratische Fraktion eine Sitzung ab, in der erklärt wurde, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments getragen, in Spa verhandeln könne, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könne und man vor einer ganz neuen Situation stehe.

*

Kaum ist der Reichskanzler ernannt, kaum hat er unter langwierigen Verhandlungen die Zusage von drei Parteien zur Beteiligung an der Regierung erlangt, da droht schon dem noch nicht einmal fertigen Kabinett die Auflösung in Nichts. Welches ist die neue Schwierigkeit? Die sozialdemokratische Fraktion, das ist unsere Partei, hat beschlossen, dem neuen Kabinett gegenüber Stimmenthaltung zu üben. Dieser Beschluß paßt den Regierungsparteien nicht und sie möchten am liebsten deswegen gar nicht anfangen mit arbeiten. Ja, da müssen wir denn doch etwas erstaunt fragen, ob denn die bürgerlichen Parteien so wenig Verständnis entwickeln, daß unserer Weigerung, in ein Kabinett mit Einschluß der Deutschen Volkspartei einzutreten, doch gerade auf das

Mißtrauen

dieser gegenüber zurückzuführen ist, daß daher der Beschluß unserer Fraktion eine glatte Selbstverständlichkeit war. Dieser Beschluß wird bestehen bleiben, solange, bis uns das Kabinett durch seine praktische Tätigkeit vom Gegenteil überzeugt hat. Wir glauben ja allerdings, daß namentlich die Wirksamkeit der Deutschen Volkspartei in der Regierung eher Anlaß geben wird, die abwartende Stellung unserer Fraktion nach der Seite des größeren Mißtrauens hin zu revidieren, daß die Fraktion eher dazu kommen wird, ein direktes Mißtrauensvotum auszustellen als das Gegenteil davon.

Was sich da oben vor unseren Augen abspielt, das ist die Fortsetzung des Kampfes zwischen unserer Partei und der weit rechtsstehenden, der schon im Wahlkampf einen so scharfen Ausdruck gefunden hat. Wir haben im Wahlkampf eine Niederlage erlitten, aber die machen wir nicht dadurch wett, daß wir uns bei unseren Gegnern bedanken, indem wir ihnen ein Vertrauensvotum ausstellen, sondern indem wir die Gelegenheit abwarten, ihnen den Schlag recht kräftig zurückzugeben. Die Verhältnisse dazu reifen nicht von heute auf morgen, aber die Zeit dazu wird kommen. Mögen sie es doch versuchen, ihre großspurigen Versprechungen wahr zu machen. Mögen sie doch aufbauen, wo sie uns in den vergangenen Wochen die Fähigkeit dazu abgesprochen haben. Die Art und Weise, wie sie diese Agitation gegen uns betrieben haben, hat das Vertrauen in die Reinheiten ihrer Absicht und in ihre hervorragenden geistigen Fähigkeiten gerade nicht gefördert. Es ist deshalb auch schon genügend, wenn wir ihnen bei ihrer Aufbautätigkeit nicht gleich in den Arm fallen. Darum bleibt es bei diesem Beschluß.

Seit Montag, den 21. Juni, mittags, ist unser Parteigenosse Hermann Müller nicht mehr Reichskanzler. Die Genossen Robert Schmidt, Schlicke, Köster, Bauer und David werden ihm folgen. Aber sie mögen ihre Koffer nur nicht so schnell packen, denn, wie man sieht, ist es nicht so leicht, diese Last auch dauernd los zu werden. Aber diese ganzen Wirrnisse zeigen, welch eine reale Macht in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung steckt. Es ist eine Frage der blanken Zweckmäßigkeit, ob wir diese Macht als Oppositionspartei oder als Regierungspartei in Koalition mit bürgerlichen oder anderen sozialistischen Parteien wirksam werden lassen. Unser Ziel bleibt dabei immer das alte, soweit nicht wissenschaftliche Erkenntnis darin eine Aenderung eintreten läßt.

Die Konferenz von Boulogne.

Die Konferenz von Boulogne, die ursprünglich nur eine Vorbesprechung der Konferenz von Spa sein und sich ausschließlich mit deutschen Fragen beschäftigen sollte, erweitert das Feld der zu lösenden Aufgaben immer mehr. Dabei ist in der Dringlichkeit der einzelnen Fragen eine seltsame Verschiebung eingetreten. England brennt im Orient der Boden unter den Füßen, die Nationalisten stehen vor den Toren Konstantinopels und auch in den übrigen einverleibten Gebieten Kleinasiens hat man mit mehr Schwierigkeiten zu rechnen als man ursprünglich angenommen hatte. So kommt es, daß man beschlossen hat, die türkische Frage, die man in San Remo so elegant gelöst zu haben glaubte, in Boulogne mit besonderer Dringlichkeit zu behandeln. Bereits in der ersten Sitzung, die den Montag nachmittag ausfüllte, kam man zu dem wichtigen Beschluß, das Datum des 26. Juni, das ursprünglich für die Annahme der Friedensbedingungen angesetzt war, aufrechtzuerhalten. Im übrigen billigte die Konferenz die militärischen Maßnahmen, die von den militärischen Marschällen Foch und Wilson getroffen wurden, um der Lage in der Gegend von Konstantinopel und der Meerengen entgegenzutreten. Bezeichnend ist es, daß auch hier wieder England das altbewährte Spiel, die europäische gegen die orientalische Frage auszuspielen, beginnt. So läßt sich der „Daily Chronicle" von seinem diplomatischen Mitarbeiter schreiben: „Wenn Frankreich uns wirklich bei den Verhandlungen mit Rußland beistehen wird und uns hilft, jedem Friedensbruch in Osteuropa entgegenzutreten, dann wird England in weitestgehendem Maße Frankreich seinen Schutz und seine Unterstützung bei dessen wirtschaftlichem Wiederaufbau zuteil werden lassen." Dieser Versuch, die Frage der Wiedergutmachung, von der mit das Wohl und Wehe Deutschlands abhängt, zu einem Kuhhandel in orientalicis zu machen, muß sehr bedenklich stimmen.

Der zweite Beschluß, der in Boulogne gefaßt wurde, ist der, die griechischen, polnischen, portugiesischen, rumänischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Delegierten nach Spa zu einer Besprechung der sie direkt berührenden Fragen mit den Alliierten einzuberufen. Bekanntlich waren die polnischen Vertreter mit der Forderung an die Alliierten herangetreten, bei der Konferenz in Spa durch eigene Delegierte vertreten zu sein. Es wäre interessant, zu erfahren, ob diesem Begehren stattgegeben wird und ob man den Termin der gemischtstaatlichen Konferenz vor den der deutsch-alliierten Konferenz, deren Termin neuerdings zwischen dem 5. und 10. Juli gesetzt wird, zu legen beabsichtigt.

In der deutschen Frage ist bisher der wichtigste Beschluß der an anderer Stelle gemeldete, sich in Deutschland wieder durch Botschafter vertreten zu lassen. Im übrigen hat man sich vorläufig darauf beschränkt, den Text der Alliiertennote an die deutsche Regierung bezüglich der Entwaffnung und des Kriegsmaterials, sowie der bisher noch nicht vollständig durchgeführten Herabsetzung der Armee auf die im Versailler Vertrag vorgesehene Stärke zu billigen. Der Berichterstatter der „Agence Havas" hat auf der Konferenz den Eindruck gewonnen, als ob sich die französischen und englischen Sachverständigen über den Tilgungsplan der deutschen Schuld einig seien. Die Alliierten würden die Gesamtsumme feststellen, die Deutschland in Raten, deren Beträge besonders bestimmt werden würden, zu zahlen habe. Diese Raten würden sich von selbst ergeben und nur von gewissen Faktoren abhängen, die aber des Schiedsgerichts wie der Wiedergutmachungskommission nicht bedürfen. Der Plan stelle nicht nur die Gesamtsumme der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung fest, sondern bestimme auch die von Deutschland jährlich zu zahlenden Beträge.

Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

Paris, 22. Juni. Nach dem von Havas über die Konferenz von Boulogne ausgegebenen offiziellen Communiqué ist in der Frage der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme und der Verteilung unter die Alliierten entschieden worden, daß die französischen, englischen, italienischen, belgischen und serbischen Sachverständigen in Paris unter Zugrundelegung des Vereinbarten gemeinsame Vorschläge zu machen haben, die den Alliierten am 2. Juli in Brüssel unterbreitet werden sollen. Die Frage der Entwaffnung ist dahin entschieden worden, daß die von den militärischen Sachverständigen vorgeschlagenen Texte angenommen wurden. Sie beziehen sich auf den Besitz des zerstörten Kriegsmaterials und auf den Zeitpunkt, zu dem die Fabrikation von Luftschiffen wieder aufgenommen werden kann. Endlich ist bestimmt worden, daß die Verhandlungen wirtschaftlicher Art, die in London mit den russischen wirtschaftlichen Delegierten geführt werden, fortgesetzt werden sollen. — Nach den Erklärungen des Sonderberichterstatters der „Agence Havas" kündigt die Note, die an die deutsche Regierung noch heute gerichtet werde, Zwangsmaßnahmen im Falle der Nichtausführung der militärischen Klauseln an. Danach könne man glauben, daß es sich um neue militärische Besetzungen handeln werde, die die Konferenz von San Remo entschieden habe.

41 Jahre Frondienst.

Paris, 22. Juni. Wie der Sonderberichterstatter des „Temps" mitteilt, hat man in bezug auf die Festsetzung der deutschen Schuld sich bis jetzt höchstens dahin entschieden, von Deutschland 41 Jahreszahlungen zu verlangen und nicht 37. Die italienischen Vertreter hätten erklärt, sie können die französisch-englischen Vorschläge erst annehmen, nachdem die Frage der Verteilung unter den Alliierten geregelt sei.

Das Ende der Konferenz in Boulogne.

Paris, 22. Juni. Lloyd George mit Lord Curzon, Chamberlain und sämtlichen Mitarbeitern hat um 3 Uhr Boulogne verlassen. Die französische Delegation ist um 4 Uhr nach Paris zurückgereist. Ministerpräsident Millerand erklärte den Vertretern der Pariser Presse, man habe einstimmig beschlossen, daß der effektive Bestand des deutschen Heeres auf 100 000 Mann zurückgeführt werden soll.

Ein Moskauer Funkspruch besagt: Tschicherin hat ein Telegramm an die deutsche Regierung gesandt, worin er den böswilligen und tendenziösen Gerüchten über angebliche feindselige Absichten Rußlands gegenüber Deutschland entgegentritt. Etwas Derartiges wäre nicht geplant. Der Krieg gegen Polen sei ein reiner Verteidigungskrieg, die Politik Sowjet-Rußlands sei friedlich.

Englische Hilfe für Persien. „Daily Expreß" erfährt, daß das Kabinett beschlossen hat, sich gegen eine Zurückziehung der englischen Truppen aus Persien zu erklären. Persien soll jede militärische Hilfe erhalten, die es benötige.

Krawalle in Süddeutschland.

Stuttgart, 22. Juni. Um gegen die Preissteigerung der Lebensmittel und den Lebensmittelwucher zu demonstrieren, hatten die vereinigten Gewerkschaften für Dienstag nachmittag zu Kundgebungen in allen größeren Orten des Landes aufgerufen, die die U. S. P. dazu benutzte, um ihre Forderung der Diktatur des Proletariats aufs neue zu erheben. Dabei kam es in Ulm und Ravensburg zu Zusammenstößen mit der Polizei bzw. Reichswehr. In Ulm wurde der Oberamtmann und der Oberbürgermeister mißhandelt. Beim Sturm auf das Rathaus gab es unter der Menge Tote und Verwundete. In Ravensburg wurde das Oberamtmannsgebäude beträchtlich beschädigt, auch hier gab es Verluste auf seiten der Aufrührer. In Aalen bemächtigten sich verschiedene Elemente mit Gewalt des Waffendepots der Einwohnerwehr, das sie vollständig ausraubten.

Bedrohliche Lage in Osnabrück.

WTB. Berlin, 22. Juni. Laut Abendblättern hat sich die Lage in Osnabrück, wo in letzter Zeit wiederholt Ausschreitungen wegen der hohen Lebensmittelpreise vorgekommen waren, gestern bedeutend verschärft. Es werden Lebensmittelläden und Schuhwarengeschäfte von einer großen Menschenmenge ausgeräumt und die Waren zu billigen Preisen verkauft. Auch verschiedene Gastwirtschaften und Hotels wurden geplündert. Die Hauptgeschäftsstraßen wurden darauf von der aus Hannover herbeigerufenen Sicherheitspolizei im Verein mit der Osnabrücker Polizei und der Ortswehr abgesperrt. Vor dem Gerichtsgefängnis feuerte die Ortswehr auf die Menge, die versuchte, das Gebäude zu stürmen. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Nachts war die Ruhe wieder hergestellt. Auch in Frankfurt und in Crefeld ereigneten sich ähnliche Krawalle. In Krefeld stürmte die Menge das Warenhaus von Leonhard Tietz und warf sämtliche Waren aus allen Stockwerken aus den Fenstern auf die Straße. Auch mehrere andere Geschäfte wurden Lebensmittelläden und Schuhwarengeschäfte von der Menge geplündert. Die Schutzmannschaft war machtlos. Erst in den Abendstunden gelang es der belgischen Besatzungsbehörde die Ruhe wieder herzustellen. Zahlreiche Personen sind bei den Zusammenstößen verletzt worden.

Eine Krise in Lodz. Die Lodzer Fabriken machen gegenwärtig eine Krisis durch. Rohstoffe sind in genügender Menge vorhanden, die Lager sind mit Waren überfüllt, die aber niemand der hohen Preise wegen kauft. Die Teuerung beginnt schon einen verderblichen Einfluß auf den Absatz der Waren auszuüben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200623-19/fragment/page=0001

Die Landtagswahlen in Thüringen.

Am Sonntag fanden nicht nur die Stadtverordnetenwahlen in Berlin statt, auch der aus den vielen Thüringer Kleinstaaten neugeschaffene Staat Großthüringen hatte seine Wahl. Er wählte seinen ersten Landtag. Was Mecklenburg vor acht Tagen schon zeigte, das beginnt sich im ganzen Lande fortzusetzen. Wir sehen in vielen Teilen Thüringens ein Anwachsen unserer Stimmen und einen ziemlichen Verlust bei den Unabhängigen. In den Teilen des Landes, wo alle Parteien an Stimmen einbüßen, hält sich unsere Partei aber am tapfersten, hat sie von allen die wenigste Einbuße. Es zeigt sich, daß wir in der jetzigen Situation einen leichteren Stand dem Wähler gegenüber haben, aber die Situationen wechseln. Benutzen wir dauernd jede Gelegenheit, um aus dem Stimmungswähler einen erkenntnisreichen Parteigenossen zu machen. Wir bringen einige Teilresultate, da das Gesamtergebnis noch nicht vorliegt. Jena: Sozialdemokraten 7302 (bei den Reichstagswahlen 7294), die U. S. P. 4232 (5682). Ferner erhielten: Kommunisten 461 (614), Deutschnationale Volkspartei 2180 (2302), Deutsche Volkspartei 6588 (7193), Landbund 97 (55), Demokraten 2164 (3229) Stimmen. Die Zahlen in Klammern bedeuten die Stimmen bei der Reichstagswahl am 6. Juni.)

	S. P. D.		U. S. P. D.	
Altenburg	9041	(8305)	1402	(2757)
Schmölln	2979	(2471)	1326	(2008)
Meuselwitz	1322	(1211)	1604	(1860)
Eisenberg	1537	(1559)	1360	(1986)
Roda	588	(631)	87	(176)
Gößnitz	1431	(1404)	293	(368)
Kahla	1315	(1299)	378	(725)
Ronneburg	1308	(1112)	674	(891)
Lucka	419	(306)	341	(525)
Orlamünde	270	(265)	93	(148)
Apolda	2226	(2391)	1853	(2966)
Weimar	3341	(3642)	1855	(2729)
Eisenach	1242	(1745)	5836	(7262)
Salzungen	848	(753)	525	(782)
Meiningen	1618	(1481)	897	(1450)
Rudolstadt	1582	(1411)	1184	(1556)
Saalfeld	2418	(2430)	1108	(1569)
Ilmenau	1393	(1523)	1500	(1922)

Aus Jena kommt folgende Meldung: Das Wahlergebnis von Großthüringen ergibt nach den vorliegenden amtlichen Ziffern bisher folgendes Bild: Es erhielten: Mehrheitssozialisten 133 494, U. S. P. 182 942, Demokraten 47 714, Bauernbund 134 260, die verbundene Liste der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei 149 462 Stimmen, die Kommunisten 8885. Danach entfallen auf die Mehrheitssozialisten 11, die U. S. P. 15, Demokraten 4, Bauernbund 11, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale zusammen 12. Das ergibt 26:27 Abgeordnete, also eine Mehrheit von nur einer Stimme zugunsten der bürgerlichen Parteien. Es fehlen aus dem Wahlkreise Weimar noch etwa 20 kleinere Dörfer, die das Bild noch zugunsten der bürgerlichen Parteien etwas verschieben werden.

Worauf es ankommt.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht das „Volksblatt" gestern einen Artikel, der also anfängt: „Einer der unbestrittensten Grundsätze des marxistischen Sozialismus war es vor dem Kriege gewesen, unter keinen Umständen an einer bürgerlichen Regierung teilzunehmen." Um diesen an sich schon unmarxistischen Satz zu begründen, macht der Artikelschreiber Ausführungen, die alles andere denn marxistisch sind. Wir geben zur Widerlegung dieser geäußerten Ansichten einem Unabhängigen selbst das Wort, der von dieser Sache etwas mehr versteht, Karl Kautsky, denn er hat in dem Streit der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung in der Arbeiterbewegung stets unbestritten die Führung gehabt.

Klassenkampf und Koalition.

Von Karl Kautsky.

I. Die reaktionäre Masse.

Eine Reihe Sozialisten, nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Unabhängigen in Deutschland, die Longuetisten in Frankreich, betrachten es als einen Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus, als ein Aufgeben des Klassenkampfes, wenn sich eine sozialistische Partei mit einer bürgerlichen zur Bildung einer gemeinsamen Regierung koaliert. Sie lehnen es entrüstet ab, in der Internationale mit Parteien zusammenzuwirken, die sich auf eine derartige Koalition einlassen.

Ist die Auffassung richtig? Nur davon wollen wir hier sprechen, nicht von der Frage, ob irgend eine der heute bestehenden sozialistisch-bürgerlichen Regierungen zweckmäßig ist oder nicht. Diese Frage kann für einen bestimmten Fall auch dann verneint werden, wenn man theoretisch die Zulässigkeit einer Koalitionsregierung behauptet.

Diejenigen, die jede solche Regierung von vornherein als elenden Verrat brandmarken, scheinen anzunehmen, dieser Verrat sei so offenkundig, daß er irgend eines Beweises nicht erst bedürfe. Mir ist wenigstens kein Versuch bekannt, die absolute Verwerflichkeit jeglicher Koalitionsregierung eingehend zu begründen. So viel ich weiß, begnügt man sich einfach damit, auf die Prinzipien des Klassenkampfes und Klassengegensatzes hinzuweisen, die ein Zusammenwirken mit dem Klassengegner ausschließen. Jede derartige Zusammenarbeit bedeute ein Aufgeben des grundlegenden Prinzips des Klassenkampfes.

Das müßte zugegeben werden, wenn die Gesellschaft ein so einfacher Organismus wäre, wie sich ihn manche Sozialisten vorstellen, für die nur zwei Klassen existieren, so daß ein Hüben und Drüben nur gilt: hüben die Proletarier und drüben die Bourgeois. Aber so einfach liegt die Sache leider nicht. Die Welt der „Bourgeois" zerfällt in zahlreiche, sehr gegensätzliche Klassen, sie führen untereinander sehr lebhafte Kämpfe und steht auch jede von ihnen im Gegensatz zum Proletariat, so ist dieser Gegensatz doch keineswegs bei allen der gleiche.

Dazu kommt, daß in der Politik die Klassen nicht direkt in den Kampf eintreten, sondern durch Vermittlung von Parteien. Eine Klasse kann in verschiedene Parteien zerfallen, die den gleichen Interessen dienen, sich aber in den Methoden unterscheiden. Andererseits kann es Parteien geben, die Teile verschiedener, einander benachbarter Klassen zu einer gemeinsamen Kampforganisation zusammenfassen.

So wird der politische Kampf ein viel komplizierterer Prozeß als etwa der gewerkschaftliche, der tatsächlich nur mit zwei Lagern zu tun hat: hier den Lohnarbeitern, dort den Unternehmern. Eine sozialistische Politik kommt nicht weit, die sich damit begnügt, zu konstatieren, daß das Proletariat zu jeder bürgerlichen Klasse und Partei in einem Gegensatz steht. Die Sozialisten müssen sich auch klar werden über die Eigenart jeder dieser Klassen und Parteien und über die Gegensätze zwischen ihnen. Und sie haben nicht nur den Kampf gegen die gesamte bürgerliche Welt zu führen, sondern auch in die Kämpfe innerhalb dieser Welt einzugreifen und mitzuhelfen, diejenigen unter ihren Gegnern zu schwächen oder zu beseitigen, die den gesellschaftlichen Aufstieg am meisten hemmen.

So hatten wir zu unterstützen die Demokraten gegenüber Aristokraten und Bürokraten, Republikaner gegenüber Monarchisten, Freihändler gegenüber Schutzzöllnern, Pazifisten gegenüber Kriegstreibern, das industrielle Kapital gegenüber dem feudalen Grundbesitz usw. Wer das Proletariat abhalten will, in die Klassenkämpfe innerhalb der bürgerlichen Welt einzugreifen, verurteilt es zur Untätigkeit und Ohnmacht bis zu dem Zeitpunkt, in dem es die Kraft zur Alleinherrschaft erlangt hat.

Darum bekämpft Marx so entschieden das Lassallesche Wort, daß dem Proletariat gegenüber alle andern Klassen eine reaktionäre Masse seien. Diese Lassallesche Auffassung liegt aber dem proletarischen Denken in seinem ursprünglichen, naiven Stadium so nahe, daß sie immer wieder überzeugte Anhänger findet, namentlich in revolutionären Zeiten, welche in den Klassenkampf Massen ungeschulter Elemente werfen.

Schon die Beteiligung an den Stichwahlen, die bei den früheren Wahlsystemen notwendig wurden, und das Eintreten für die Erwählung bürgerlicher Oppositioneller bei solchen Wahlen hat oft starken Widerspruch in Parteikreisen gefunden. Noch mehr aber war dies der Fall, wenn sich die politische Situation derart gestaltete, daß die proletarische Hilfe nicht zu dem Zweck erforderlich wurde, die bürgerliche Opposition gegen eine reaktionäre Regierung zu stärken, sondern eine mehr freiheitliche bürgerliche Regierung gegenüber einer reaktionären Opposition zu stützen. Das ist begreiflich. Der Staatsapparat ist so sehr auf die Unterdrückung der unteren Klassen eingerichtet, daß der Gedanke, ihn zu fördern, vielen Sozialisten unerträglich ist, selbst dann, wenn die Förderung zu dem Zwecke geschieht, die Last der Unterdrückung dadurch zu mindern oder eine vergrößerte Unterdrückung abzuwehren.

Indessen haben die Marxisten, die klarsten Vertreter des Gedankens des Klassenkampfes, nie die Unterstützung einer bürgerlichen Regierung abgelehnt, wenn diese sich als das kleinere Uebel erwies. So erklärten sich die französischen Guesdisten auch in ihrer unversöhnlichsten Zeit bereit, ein ausgesprochen radikales Ministerium zu unterstützen, das auf ihre Stimmen angewiesen war.

Dagegen fand den stärksten Widerstand die Idee des Eintritts eines sozialistischen Ministers in ein bürgerliches Ministerium.

Fortschreitende Klärung.

Ein vernichtendes Urteil über Ludendorff.

Von Berhard Rausch.

Wohl noch in keinem Wahlkampf ist von der Reaktion so skrupellos gelogen und soviel Gift ins Volk gespritzt worden, wie in dem hinter uns liegenden. Die ungeheuerlichsten aller Wahllügen aber war die vom „Dolchstoß in den Rücken". Das Gift dieser Legende hat sichtbar um sich gefressen, und deshalb ist es notwendig, immer wieder auf die Schuldigen an Niederlage und Zusammenbruch zurückzukommen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist eine Arbeit zu begrüßen, die der Kriegshistoriker Hans Delbrück im Maiheft der „Preußischen Jahrbücher" über Falkenhayn und Ludendorff veröffentlicht hat. Delbrück ist ein ernsthafter Gelehrter. Er hat sich zwar stets als konservativer Mann bezeichnet, um so schwerer aber wiegt in diesem Falle sein Urteil über Ludendorff, das an vernichtender Schärfe in keiner Weise dem nachsteht, das die Sozialdemokratie schon sehr früh über den Hasardeur und Vabanquespieler des Weltkrieges gefällt hat.

Man darf heute daran erinnern, daß Delbrück bereits in den 90er Jahren einen literarischen Kampf gegen die offiziellen Kriegshistoriker des Generalstabs geführt hat. Inzwischen hat er wissenschaftlich längst gesiegt, aber er muß mit Bedauern feststellen, daß, wenn eine eindringende Ueberlegung über seine kriegswissenschaftlichen Entdeckungen bei den Militärs stattgehabt hätte, „so hätte unsere Vorbereitung für den Weltkrieg vielleicht eine etwas andere Gestalt angenommen". Freilich würde ein Eingehen auf die Idee Delbrücks viele militaristische Götzen zu Fall gebracht haben, und deshalb entschied man sich unter Führung des Generals von Bernhardi dafür, die Leistungen des Historikers als „konfuse Nonsens" abzutun.

Die hervorstehende kriegsgeschichtliche Leistung Delbrücks ist der Nachweis, daß zwei Grundformen der Kriegsführung zu beobachten und begrifflich festzustellen sind, die Niederwerfungs- und die Ermattungsstrategie, und er hatte schon lange vor dem Weltkrieg die geniale Vermutung ausgesprochen, daß ein kommender europäischer Krieg zu den Formen der Ermattungsstrategie zurückführen werde.

Das Ergebnis des Weltkriegs hat ihm, wie heute auf der Hand liegt, Recht gegeben. Niederwerfungs- und Ermattungsstrategie unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Kampfmethoden, sondern sehr wesentlich auch hinsichtlich ihrer Kriegsziele und Methoden des Friedensschlusses. Bei der Ermattungsstrategie ist der auf der Höhe der eigenen kriegerischen Erfolge erstrebte Verständigungsfrieden für den von vornherein schwächeren Teil das gegebene Kriegsziel und bedeutet für ihn einen vollen Sieg. Zu etwas anderem als zur bloßen Selbstbehauptung hatte Deutschland in diesem Kampf gegen eine überlegene Koalition nie Aussicht. Deshalb mußte von uns rechtzeitig eingelenkt und die Kriegsführung der politischen Situation angepaßt werden.

Unser Verhängnis aber war, daß Ludendorff, wie ihm Delbrück vorwirft, „die strategische Aufgabe, die ihm gestellt war, niemals begriffen hat", daß er in hartnäckiger, subalterner Verteidigung an dem überkommenen Kriegsschema der Niederwerfungsstrategie kleben blieb. Nachdem der ursprüngliche Schlieffensche Kriegsplan, in wuchtigem Anprall erst schnell im Westen zu siegen, um dann mit dem Osten fertig zu werden, endgültig mißglückt war, setzte sich im Kopfe Ludendorffs der andere, im Grunde gleichgeartete fest, erst den Osten niederzuwerfen, um dann im Westen zu siegen. Aber gesiegt, restlos gesiegt mußte nun einmal werden. Wir werden siegen, weil wir siegen müssen! Vollständiger Sieg oder vollständige Niederlage, etwas anderes wollte in den Schädel Ludendorffs nicht hinein, der Verständigungsfrieden lag außerhalb seines Gesichtskreises. Delbrück hält ihm mit Recht vor, daß es neben der Offensive in Frankreich auch noch eine andere Angriffsmöglichkeit gab, den Angriff auf die englische Heimatsfront. „Es gab in England neben der herrschenden Kriegspartei auch eine sehr beachtliche Partei für einen Verständigungsfrieden. Warum setzte Ludendorff nicht seinen ganzen Einfluß ein, um dieser Partei die Oberhand zu verschaffen?" Delbrück erklärt, daß er bei andauerndem Studium zu einem immer ungünstigerem Urteil über Ludendorff komme. Schon in der Besprechung über dessen Kriegsbuch hat er ihn einen „fortlaufenden Selbstwiderspruch" genannt. Der verhängnisvollste der Selbstwidersprüche ist aber dieser: „Mit der größten Energie verwirft Ludendorff wiederholt die Idee des Verständigungsfrieden", der praktisch nie zu erreichen war, „um ihn dann selber mit derselben Entschiedenheit für möglich zu erklären und zu fordern". Und eine glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen Kriegspolitik ist es weiter, wenn Delbrück schreibt: „Unsere Friedensangebote 1916 und 1917 wurden abgelehnt, nicht weil sie den Eindruck der Schwäche, sondern weil sie, wie Ludendorff selber weiß und zugesteht, den Eindruck der Unehrlichkeit machten, weil wir die vollkommen unerläßliche Bedingung der vorbehaltlosen Wiederherstellung Belgiens nicht aussprechen wollten." Und an einer anderen Stelle: „An den Kriegszielen, die Europa und Amerika mit Entsetzen erfüllten und jede Möglichkeit eines Verständigungsfriedens vorbauten, sind wir zugrunde gegangen."

Aus der Befangenheit in den Gedankengängen der Niederwerfungskategie folgte notwendig die innere Verlogenheit der deutschen Kriegspolitik. Ludendorff war selbst durchaus nicht blind für den Ernst unserer Kriegslage, und er gesteht in seinem Buche, wie er es auch vor dem Untersuchungsausschuß getan hat, wie oft ihn die Sorge um den Ausgang des Krieges gedrückt habe, während der hurrapatriotische Pöbel ihm zujubelte und die Schwerindustrie ihn als den Genius der Deutschen auf ihren vergoldeten Schild erhob. Sein Fehler war es, daß er diese Sorgen in seinem Busen verbarg und nach außen die Fiktion der Siegesgewißheit aufrecht erhielt. Das führte zu der gräßlichen Lügenseuche des Kriegspressequartiers und mußte schließlich mit einem gewaltigen Stimmungssturz enden. Delbrück sagt: „Die Oberste Heeresleitung mußte vor allem die politische Leitung darüber aufklären, wie gering unsere Siegeschancen waren und ihr anheim geben, sich mit ihrer Politik danach einzurichten."

Im Grunde genommen war Ludendorff ein großer Blender von großen äußerem Schwung, doch ohne genügende Berechnung, ohne richtiges Abwägen von Ziel und Mitteln, der sich in verhängnisvollster Weise über die Kräfte hüben wie drüben getäuscht hat. Man muß die ganze Wucht der Worte auf sich wirken lassen, die ein Mann wie Delbrück schreibt: „Mit diesem Tage und diesem Entschlusse — der Berufung Hindenburgs und Ludendorffs — war das deutsche Volk verloren, und das darf nicht verschwiegen werden, sondern muß ausgesprochen werden." Ferner weiter: „Wer die Revolution anklagt, muß zuerst die Heeresführung anklagen, die ihr den Boden bereitet hat, weil der Masse zugemutet wurde, für Kriegsziele zu fechten, deren Widersinnigkeit und Unmöglichkeit sie durchschaute."

Das sind Worte, die nicht vergessen werden dürfen. Die dem deutschen Volke in seinem schweren Existenzkampf den Dolch in den Rücken stießen, das waren in Wahrheit die Alldeutschen, Vaterlandsparteiler und U-Boot-Phantasten, nicht zuletzt die Hindenburg und Ludendorff selber, die völlig blind für die realen Faktoren, mit denen sie rechnen mußten, Phantomen nachjagten und das deutsche Volk ins Verderben stürzten.

Wer ist umgefallen?

Die unabhängige Presse hat einen neuen Umfall der „Rechtssozialisten" entdeckt: sie seien im preußischen Verfassungsausschuß für den Staatsrat eingetreten. In Wahrheit haben die Sozialdemokraten im Verfassungsausschuß, während der total unfähige Vertreter der U. S. P. D., Christiansen, gar nichts tat, mit den besten Gründen gegen den Staatsrat gekämpft. Erst als sich zeigte, daß eine sichere bürgerliche Mehrheit dafür war, haben sie die Koalitionsparteien von der Rechten zu trennen gesucht, indem sie in Aussicht stellten, sie würden eventuell für den Staatsrat stimmen, wenn er rein demokratisch gewählt und in seinen Befugnissen eng beschränkt würde. Leider aber waren Zentrum und Demokraten in ihren Staatsrat zu verliebt, sie gaben ihn weitgehende Befugnisse, und die Sozialdemokrate stimmte dagegen.

Die einzigen, die im Verfassungsausschuß ständig umfallen, sind die Unabhängigen. Erst heute wieder bohrte der unabhängige Abgeordnete Obuch so lange, bis den Soldaten das Wahlrecht genommen wurde. Er selbst stimmte mit den meisten Bürgerlichen gegen diesen Wahlrechtsraub. Dabei haben die Unabhängigen im Reichstag noch vor wenigen Wochen mit uns für das Wahlrecht der Soldaten gekämpft. Aber der ewige Umfall ist ja das Kennzeichen der „allein prinzipiellen" Politik der U. S. P. D.

Fluch der Abstinenzpolitik. Unter diesem Titel nimmt Hello von Gerlach, der den Unabhängigen sehr nahe steht und ihnen manche Waffe im Kampf gegen uns geliefert hat, zu der Politik dieser Partei Stellung. Wie schon aus der Ueberschrift seines Artikels hervorgeht, ist er gerade nicht sehr erfreut darüber. Er sagt u. a.: „Wer auf jeden Anteil an der Macht verzichtet, weil er zunächst noch nicht die ganze Macht haben kann, mag sich moralisch sehr erhaben vorkommen. Praktisch erweist er jedenfalls seinen Gegnern den größten Dienst. Er liefert ihnen die Positionen aus, die er sonst selbst besetzen könnte. Dadurch wird der Endkampf schwerer, der Endsieg ferner." Was sagen die Unabhängigen, nach deren Ansicht ihre Politik „geschichtlich betrachtet" den Sieg der Arbeiterschaft beschleunigt, zu diesem Urteil ihres Freundes?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200623-19/fragment/page=0002

Rechtssozialisten.

Aus dem Verfassungsausschuß der Preuß. Landesversammlung läßt die „Freiheit“ berichten, daß die Sozialdemokraten sich durch die Bezeichnung Rechtssozialisten seitens des Dr. Rosenfeld gekränkt fühlten und daß der Ausschußvorsitzende Dr. Porsch daraufhin diese Titulatur untersagt hätte. Richtig ist daran, daß Präsident Porsch den Dr. Rosenfeld gebeten hat, die Partei so zu nennen, wie sie sich selber nennen. Die Sozialdemokraten aber gaben sofort die Erklärung, daß sie die Bezeichnung Rechtssozialisten sich gern gefallen ließen. Sie seien Rechtssozialisten und die Unabhängigen Unrechtssozialisten; sie seien die Sozialisten des Rechts und die Unabhängigen die Sozialisten der Gewalt. Das hätte die „Freiheit“ nicht unterschlagen sollen. Ebenso unrecht tut sie daran, ihren Lesern nicht mitzuteilen, daß der Antrag des Dr. Rosenfeld, die Landesversammlung mit Rücksicht auf den Ausfall der Reichstagswahlen aufzulösen, weil ein Abgeordneter das Vertrauen der Wähler unbedingt sicher haben müßte, deshalb ausgelacht wurde, weil Dr. Rosenfeld und Dr. Cohn noch immer an ihrem Mandat kleben, obwohl die Berliner U. S. P. beschlossen hat, keine Kandidaten mehr aufzustellen, die einer Religionsgemeinschaft angehören.

Die neue Regierung in Anhalt.

Dessau, 21. Juni. Der Landtag billigte heute die Regierung. Der bisherige mehrheitssozialdemokratische Staatspräsident Delst wurde einstimmig wiedergewählt. Die bisherige Koalition zwischen Demokraten und Mehrheitssozialisten bleibt bestehen. Das Verlangen der Rechten auf zwei Staatsämter wurde abgelehnt. Die Opposition von rechts und links sichert der Regierung sachliche Mitarbeit zu.

Die sozialistische Regierung in Braunschweig.

Während die Auflösung der Koalitionsregierung im Reiche den Rücktritt der Landesregierung in Württemberg nach sich zog, bildete sich in Anhalt eine neue Regierung auf der alten Grundlage, und in Braunschweig kommt jetzt, wie die „Saale-Zeitung“ in ihrer heutigen Morgenausgabe meldet, trotz der Opposition der bürgerlichen Parteien, eine sozialistische Regierung aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten zustande. Ob unsere Braunschweiger Genossen nach dem bisher so zweideutigen Verhalten der Unabhängigen Partei den richtigen Schritt getan haben, möchten wir bezweifeln, wenn auch die Braunschweiger U. S. P.-Leute schon ihren Rüffel wegen ihrer Zugeständnisse an den demokratischen Gedanken weg haben.

Die Berliner Gemeindewahl.

Am letzten Sonntag hat die Berliner Bevölkerung das erste Parlament der neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin gewählt. Um es gleich voraus zu sagen: Das Bedauerlichste an dieser Wahl ist die unglaublichste Interessellosigkeit, die die Wählerschaft an den Tag legte. Das ist um so bedauerlicher, als diese Stadtverordneten-Versammlung gewissermaßen die fassungsgebende Versammlung Groß-Berlins sein wird.

Der Wahlkampf war vielleicht infolge des heftigen Reichstagswahlkampfes sehr ruhig. Wären nicht die beiden Rechtsparteien gewesen, die widerum keine Anschlagsäule ohne ihre Wahlplakate und kein Haus ohne ihre verlogenen Flugblätter ließen, man hätte nichts vom Wahlkampf gemerkt. Diese Wahlmüdigkeit zeigte sich erst recht am Wahlsonntag. Kaum 66 Prozent der Wählerschaft hat von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Von den 1 500 000 Stimmen entfielen auf die beiden sozialistischen Parteien insgesamt 885 000 Stimmen. Die Bürgerlichen teilten sich in die restlichen 615 000 Stimmen. Die sozialistische Mehrheit ist also in Berlin erkämpft und gesichert. Zirka 125 Sozialisten stehen 100 Bürgerlichen gegenüber. Die stärkste Fraktion ist die der Unabhängigen, die 85 bis 87 Sitze umfassen wird. Ihr folgen die Deutsche Volkspartei mit 40 Sitzen und erst an dritter Stelle rangiert unsere Partei mit 38 bis 40 Mandaten. Die Deutschnationalen werden 25, die Demokraten 16, das Zentrum 8 und die Wirtschaftliche Vereinigung (Handwerker und kleine Geschäftsleute) 9 Sitze in dem neuen Stadtparlament, das voraussichtlich im Herrenhaus tagen wird, da der Rathaussaal zu klein geworden ist, belegen.

Im ehemaligen Klein-Berlin war unsere Fraktion 45 Mann stark, während die Unabhängigen 46 zählten. Außerdem besaßen wir noch in einer großen Zahl von Vororten die Mehrheit und verfügten in anderen mit den Unabhängigen über eine solche. Die letzten Wahlen haben also unserer Partei zugunsten der Unabhängigen große Verluste gebracht. Wohl haben wir gegenüber der Wahl vom 6. Juni in einzelnen Orten verhältnismäßig gewonnen, während die Unabhängigen verloren, aber es bleibt noch ungeheuer viel auf dem Verlustkonto stehen. In diese Erfolge der Unabhängigen sind u. E. nicht nur zurückzuführen auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Kriegs- und Regierungspolitik unserer Partei. Ein groß Teil Schuld daran tragen ohne Zweifel die Berliner Genossen selbst. Man hat schon während des Reichstagswahlkampfes und erst recht nach dem 6. Juni feststellen können, daß in all den Orten, in denen unsere Genossen den Unabhängigen gegenüber festgehalten sind, und eine gradlinige Politik vertreten haben, die Unabhängigen in der Tat das berühmte „Kleine Häuschen“ geblieben sind. In Berlin hat es sehr an dieser festen Haltung gefehlt, man hat immer wieder versucht, ausgleichend zu wirken, und die Folge davon war, daß uns die Wähler nach links ausbrachen. Diese Lehre sollte man überall im Lande beachten. Gerade in der jetzigen Situation können wir uns gegenüber den Unabhängigen nur dann behaupten, wenn wir uns dazu durchringen, sie als gegnerische Partei zu betrachten und mit aller Schärfe, aber sachlich bekämpfen. Jedes ängstliche Zurückweichen vor ihr, jeder übertriebene bekundete Einigungswille, jeder Versuch es in Radikalismus mit ihnen gleich zu tun, kostet uns Hunderte von Anhängern und Tausende von Stimmen.

Die Unabhängigen sind jetzt im Berliner Rathaus die stärkste Fraktion. Auf ihnen lastet eine furchtbare Verantwortung. Unsere Genossen sind wie bisher so auch in Zukunft bereit, mitzuarbeiten an dem Auf- und Ausbau der neuen Stadtgemeinde. Voraussetzung ist, daß die Unabhängigen eine Politik treiben, die nicht diktiert ist von Parteiinteresse sondern das Allgemeinwohl im Auge hat.

Die Demokratische Partei hat binnen zwei Tagen in dem Prinzen Schönaich-Carolath und dem Professor Robert Friedberg zwei ihrer angesehensten und sympathischsten Führer verloren. Dem Prinzen Carolath, einem aufgeklärten Grandseigneur, wird es die Arbeiterklasse nicht vergessen, daß er stets ein Gegner des Sozialistengesetzes gewesen ist, und Friedberg war nicht nur ein ausgezeichneter Debatter und liebenswürdiger Mensch, sondern hatte auch aus den Erfahrungen des Krieges entschlossen die notwendigen demokratischen Schlußfolgerungen gezogen; er hatte sich ehrlich zur Republik und zum gleichen Wahlrecht bekehrt. Auch die Arbeiterklasse wird dieser Toten mit Achtung gedenken.

Der Pensionierungserlaß in Elsaß-Lothringen. Der elsaß-lothringischen Beamtenschaft hat sich eine große Erregung wegen des Regierungserlasses über die Pensionierung von Lehrern und Beamten, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, bemächtigt. Man befürchtet, daß diese Maßnahmen viele Familien in wirtschaftliche Not bringen. Grundlegend dürften die Richtlinien Millerands an den Generalkommissar über die gegenüber Elsaß-Lothringen zu befolgende Regierungspolitik sein. Die elsaß-lothringische Presse verurteilt den Erlaß scharf und vermutet, daß diese Verabschiedung nur erfolge, um die freiwerdenden Stellen mit Nationalfranzosen zu besetzen und das Land dadurch der Französisierung näher zu bringen. Bemerkenswert ist die Aeußerung des „Elsässer Kurier“, der es nicht für ausgeschlossen hält, daß durch diese Angelegenheit ein großer Konflikt entstehen könne.

Der Frauenkongreß in Washington.

Die „National Womens' Trade Union League of America“ beschloß auf ihrer Tagung im Juni 1919, eine Woche vor der geplanten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz, einen internationalen Kongreß der arbeitenden Frauen nach Washington zu berufen. Jedem Land sollten auf dieser Tagung 10 Delegierte zustehen. Die Delegierten sollten von den Gewerkschaften ihres Landes beglaubigt sein und Material über die wichtigsten Fragen der Frauen- und Kinderarbeit vorbereiten. Die Einladung wurde mit folgenden Worten begründet: „Unser Ruf verkündet den Glauben, daß die Frauen jetzt ihre neue Verantwortung ergreifen müssen, und daß Kameradschaftlichkeit und gemeinsame Besprechungen allein gegenseitiges Vertrauen gewährleisten und zu Handlungen, die ein Weltrecht der Arbeit herbeiführen, verbinden können.“

Der Kongreß hat dann auch im Oktober 1919 vor der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington getagt. Zu dieser hatte Deutschland auch eine weibliche Delegierte als Arbeitervertreter entsandt, die das Schicksal der übrigen deutschen Delegation teilte, keinen Schiffsplatz zur Ueberfahrt zu erhalten. Dadurch nahmen auch am Kongreß der arbeitenden Frauen keine Deutschen teil, dagegen aber Vertreterinnen verschiedener Frauen-Berufsverbände Amerikas, Argentiniens, Belgiens, Kanadas, Kubas, der Tschecho-Slowakei, Dänemarks, Frankreichs, Englands, Hollands, Japans, Indiens, Italiens, Norwegens, Polens, Schwedens, Serbiens, Spaniens und der Schweiz. Elsa Averill hatte an die Eingeladenen einen Bericht über die Tagung gesandt. Auch ein gedruckter Bericht in französischer und englischer Sprache über die Beschlüsse der Frauenkonferenz liegt vor.

Elsa Averill sagt: „Am Begrüßungsabend waren sie für mich ein Häuflein Fremder, deren Sprache ich nicht verstand, deren Land ich nicht kannte. Als sie einige Wochen später uns verließen, waren sie Freunde geworden, die ich verstehen konnte, deren Land ich kennen und zu einem gewissen Grade auch verstehen gelernt hatte. Es besteht wirklich kein so großer Unterschied zwischen den verschiedenen Nationen und Rassen, wenn es sich um Fragen handelt, die Frauen und Kinder behandeln, wenn es sich für Frauen um die Notwendigkeit handelt, aus dem chaotischen Zustand der Gegenwart eine bessere Welt mit einer weiseren und menschlicheren Gesetzgebung zu bilden.“

Die Beschlüsse des Kongresses richten sich hauptsächlich an die Erste Internationale Arbeitskonferenz des Völkerbundes. Es wird verlangt, daß die Regierungen, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer der vertretenen Staaten, je zwei Delegierte, von denen einer eine Frau sein soll, zur Arbeitskonferenz entsenden können. Auf sozialpolitischem Gebiet wird der Achtstunden-Tag bzw. die 44-Stunden-Woche eine zusammenhängende Freizeit, Verbot der Arbeit von Kindern unter 16 Jahren überhaupt und von solchen unter 18 Jahren in Bergwerken und Steinbrüchen in der Nacht und in gefährlichen Betrieben gefordert und kürzere Arbeitszeit sowie besondere Gewerbeaufsicht für sie. Die weiteren Beschlüsse betreffen besonders den Mutterschutz und Mutterfürsorge, Verbot der Nachtarbeit für Frauen und unter bestimmten Bedingungen auch für Männer, Vermittlung zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Bekämpfung schädlicher Frauenarbeit und Schutz und Arbeitsrecht der Ausgewanderten, Weltverteilung der Rohmaterialien und so weiter.

Der Kongreß beschloß weiter ein dauerndes Büro einzurichten, in dessen Präsidium auch die Mittelmächte vertreten sein sollen. Eine entsprechende Aufforderung ist bereits an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bund in Berlin ergangen. Da Deutschland im Verwaltungsraum des Internationalen Arbeitsamtes vertreten ist, wäre es zweckmäßig, dazu eine Vertreterin der Deutschösterreichischen Arbeiterinnen zu bestimmen.

Die Vertretungen der Länder sind gebeten worden, regelmäßig dem Büro des Kongresses Berichte zu senden. Ein Nachrichtenblatt vom 20. April 1920 faßt diese zusammen.

Es ruft den gleichen Eindruck hervor, wie die Zusammensetzung des Kongresses. Die teilnehmenden Organisationen sind nicht gleichartig, sondern setzen sich neben umfassenden und einflußreichen auch aus solchen zusammen, die das nicht sind. Das rührt zum Teil von der Verschiedenheit der gewerkschaftlichen Organisationen in allen Ländern der Welt her, und der Teilnahme der Frauen an ihnen, birgt aber die Gefahr, daß große und in ihren Staaten einflußreiche Organisationen an Beschlüsse gebunden werden, die von nicht gleichartigen, die keine Macht haben, sich wirkungsvoll für diese einzusetzen, gefaßt werden. Das Nachrichtenblatt zeigt aber auch, wie wenig Lage und Bewegung der arbeitenden Frauen in den einzelnen Ländern in der Welt bekannt sind. Es ist fraglich, ob der Frauenkongreß neben der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes wirklich notwendig ist. Bisher liegt ja keine Veranlassung vor zu vermuten, daß das Internationale Arbeitsamt die Frauenfragen vernachlässigen wird. Aber Frauenkongreß und Büro können an Bedeutung gewinnen, wenn sie die Frauen aller Länder über die internationale Sozialpolitik und die Lage der arbeitenden Frau der Welt aufklären und damit aufrufen, sich für ein „Weltrecht der Arbeit“ einzusetzen. Den deutschen Frauen wird hier die Möglichkeit gegeben, angekränkt mit den Frauen aller Länder zu arbeiten. Macht die deutsche Sozialpolitik weiterhin Fortschritte wie seit der Revolution, so werden die deutschen Frauen dort den Frauen anderer Staaten manches bringen und vor allem durch Schilderung der Lage der deutschen Frauen und Kinder in den Frauen des Auslands die Ueberzeugung wecken können, daß die Durchführung des Versailler Vertrags in seiner jetzigen Form unmöglich ist.

Dänische Reichstagswahlen. Kopenhagen, 22. Juni. Der dänische Reichstag wird zum 5. Juli aufgelöst werden. Die Neuwahlen sind auf den 6. Juli festgesetzt.

Die Alliierten und Dänemark. Kopenhagen, 22. Juni. Nach einem Telegramm des dänischen Gesandten in Paris hat die Botschafterkonferenz am 20. d. M., um den dänischen Wünschen hinsichtlich schneller Regelung der Uebertragung der Souveränität an Dänemark entgegenzukommen, beschlossen, baldmöglichst einen Vertrag zwischen Dänemark und den alliierten Mächten mit diesem Ziel zu unterzeichnen. Die Alliierten erteilen der dänischen Regierung inzwischen das Recht zur freien Ausübung aller mit der Souveränität verbundenen Befugnisse.

Notizen.

Der frühere Abgeordnete Schönaich-Carolath ist in Berlin im Alter von 68 Jahren gestorben. Er war der „rote Prinz“, denn er war liberal. Zuerst nationalliberal, dann wildliberal. Nach der Revolution schloß er sich den Demokraten an. Seit 1881 hat er seinen Heimatkreis Guben-Lübben im Reichstag vertreten und als Nationalliberaler oft gegen die Nationalliberalen, weil Reaktionäre, gestimmt.

Ein verständiger Entscheid. Eine wichtige Entscheidung fällte der Schlichtungsausschuß in Frankfurt a. M. Die „Adlerwerke“ hatten infolge zu geringer Beschäftigung, besonders in der Abteilung Automobilbau, 340 Arbeiter entlassen, denen jetzt weitere 185 folgen sollten. Der Schlichtungsausschuß versagte die Zustimmung zu den Entlassungen und hob hervor, daß in der gegenwärtigen Zeit nichts unversucht bleiben dürfe, um durch Arbeitsstreckung oder Unterbringung in andere noch gut beschäftigte Abteilungen die überflüssig werdenden Arbeitskräfte zu halten.

Hölz geisteskrank. Nach einer Prager T.-U-Meldung ist der Untersuchungsgefangene Hölz in der Strafanstalt Karthaus an einem schweren Nervenleiden mit Bewußtseinsstörungen erkrankt. — Nicht bei allen Gewaltmenschen, die sich als „Politiker“ ausgeben, ist die Geisteskrankheit, die sie und — ihre Anhänger leitete, so rasch zum allgemein erkennbaren Ausbruch gelangt.

Verurteilung wegen verleumderischer Beleidigung. Der deutschhannoversche Rechtsanwalt Hoche in Hannover hatte vor einiger Zeit den Oberbürgermeister Leinert in einem Privatbriefe einen leichtfertigen Ehrabschneider genannt, weil dieser gegen die deutschhannoverschen Parteivertreter den Vorwurf des Landesverrats gerichtet hatte. Das Schöffengericht Hannover hat nunmehr, wie die „P. P. N.“ melden, Hoche wegen verleumderischer Beleidigung zu zwei Wochen Gefängnis und Zahlung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Die Landarbeiterbewegung in Pommern. Der Landarbeiterstreik in Pommern besteht noch in den vier Kreisen: Stolp, Schlawe, Köslin und Lauenburg und hat an Ausdehnung nicht zugenommen. Einzig in dem Kreise Stolp kam es zu Ausschreitungen, als die Arbeiter auf einem Gute gehindert wurden, die Notstandsarbeiten zu verrichten. Die Ausschreitungen sind aber ganz geringfügiger Art und wurden schnell beigelegt. Heute finden offizielle Verhandlungen statt, deren Ergebnis vorläufig noch aussteht. — Im Kreise Dramburg, in dem nicht gestreikt wurde, haben bereits Tarifabschlüsse stattgefunden.

Die größte Leinenfabrik Polens, die Cyradower Werke, geht in französischen Besitz über. Die Werke, die 9000 Arbeiter beschäftigen, hatten während des Krieges infolge ihrer Besetzung ihren Betrieb einstellen müssen und waren erst nach Aufhebung derselben durch Mittel des polnischen Staates wieder in Gang gesetzt worden. Diese Mittel sind anscheinend jetzt erschöpft. Zurzeit finden Verhandlungen zwecks Ankaufs von 50 Prozent der Aktien durch französische Geldleute und ihre weitere Sanierung mit deren Hilfe statt. Die französischen Aktionäre haben zehn Waggons Baumwolle für die Werke nach Polen abgeschickt. Auch soll das Unternehmen mit neuen französischen Maschinen ausgestattet werden.

Die U. S. P. D. und die Volksabstimmung.

Sie schwärmen für Rußland, sie schwärmen für Polen.

In der Königsberger „Volkszeitung“ lesen wir:

Im ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiet tobt der Endkampf um die staatliche Zugehörigkeit der bisher deutschen Landesteile. Bis zum Abstimmungstage, dem 11. Juli, wird die Bevölkerung in noch stärkerem Maße als bisher dem Einfluß der mündlichen und gedruckten Propaganda ausgesetzt sein. Die politischen Parteien als solche sind in diesem Kampfe nicht sonderlich hervorgetreten, wenn sie auch selbstverständlich alle in ihren Versammlungen dazu Stellung genommen haben und bisher ausnahmslos für ein Verbleiben bei Deutschland eingetreten sind. Die eigentliche Propaganda von deutscher Seite wird bekanntlich vom „Deutschen Heimatdienst“ betrieben, einer Organisation, die sich in Ostpreußen auf die Heimatvereine stützt, die im Maurer- und Erntearbeiterland zusammengeschlossen sind. Diesem Heimatdienst stehen selbstverständlich große Geldmittel zur Verfügung, die in ganz Deutschland aufgebracht sind, — müssen solche Mittel zur Verfügung stehen, da von polnischer Seite ganz außerordentlich hohe Summen zur Gewinnung Ermlands und Masurens aufgewendet werden.

In den Heimatvereinen sind Angehörige sämtlicher Parteien zusammengeschlossen. Angehörige sämtlicher Parteien sind auch in der Propaganda tätig, deren Kosten selbstverständlich vom Heimatdienst bezahlt werden. Auch Mitglieder der U. S. P. D. betätigen sich sowohl in den Heimatvereinen wie in der Propaganda.

Hierin soll nun eine Aenderung eintreten. Der Bezirkssekretär der U. S. P. D., Paul Drescher, erklärte in einer am Sonntag in Hohenstein abgehaltenen Versammlung, daß zum nächsten Beirtrstag der U. S. P. D. ein Ausschußantrag gegen den in der Propaganda für das Deutschtum tätigen Unabhängigen Proplesch (Schwanis) gestellt sei, und auch die Mitgliedschaft in den Heimatvereinen mit der in der U. S. P. D. für unvereinbar erklärt werden solle.

Diese Aktion bedeutet eine Schwenkung der U. S. P. D. in der Haltung zur Abstimmung — zugunsten Polens. Sie hat ihre Ursache in Vorgängen, die sich in der letzten Zeit abgespielt haben, über die wir aber bisher nicht berichtet haben, da wir überzeugt sind, daß die U. S. P. D. die Sache selbst erledigen würde. Da aber durch die eventuelle Annahme der Anträge zum Provinzialparteitag so kurz vor der Abstimmung ein ungünstiger Einfluß auf dieselbe zu erwarten ist, halten wir es für unsere Pflicht, die Angelegenheit hier zu besprechen.

Acht Mitglieder der U. S. P. D. (durchweg führende Persönlichkeiten, wenn auch nicht alle in Vorstandsämtern) hatten von der polnischen Propagandastelle 48 000 M. erhalten, um hierfür eine „Studienreise“ nach Warschau zu unternehmen und den hiesigen Arbeitern Berichte über die Verhältnisse in Polen zu geben, natürlich in einem für Polen vorteilhaften Sinne. Die Reise hat denn auch stattgefunden, jedem der Teilnehmer sind 6000 M. ausgezahlt worden. Der Vorstand der örtlichen Organisation der U. S. P. D. erklärte nach Bekanntwerden dieser eigentümlichen „Studienreise“ in einer Zuschrift an die hiesige Presse, daß er das mit nichts zu tun habe, die Beteiligten als Heimatvertreter [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200623-19/fragment/page=0003

handelt hätten und er deren Verhalten aufs allerschärfste mißbillige.

Im Auftrage der Provinzialleitung der U. S. P. D. wurde dann am 9. Juni in Allenstein eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der Proplesch (Schwanis) über die Haltung seiner Partei zur Abstimmung sprach und Schäfer (Königberg) ebenfalls im Auftrage der Provinzialleitung die Haltung seiner Partei klarlegte. Das Verhalten der „Polenfahrer" wurde aufs schärfste gebrandmarkt und der Ausschluß derselben aus der Partei in Aussicht gestellt.

Dieser Ausschlußantrag liegt nunmehr dem Provinzialparteitag vor. Er wird von den Anhängern der Polenfahrer mit dem Ausschlußantrag Proplesch' beantwortet. Die Tätigkeit im Deutschen Heimatdienst wird also mit der Annahme von Bestechungsgeldern von polnischer Seite auf eine Stufe gestellt.

Die Haltung der U. S. P. D. ist festgelegt in einer am 27. Juli 1919 in Allenstein abgehaltenen Bezirkskonferenz, und zwar in einer ziemlich langatmigen Resolution, die im springenden Punkt nur besagt, daß die Mitglieder der U. S. P. D. für Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens zu sorgen hätten. Diese Haltung wurde in der oben erwähnten Versammlung bekräftigt. Das genügt heute aber auch vom Standpunkt der U. S. P. D. nicht mehr. Polen treibt Eroberungspolitik und liegt in schwerstem Kampf mit der russischen Sowjetrepublik. Schon aus diesem Grunde hätte die U. S. P. D. die Pflicht, eine entschiedene Kampfstellung gegen das imperialistische Polen einzunehmen und eine dementsprechende Propaganda zu treiben und ihren Mitgliedern nicht etwa noch die Tätigkeit und Mitgliedschaft im Heimatdienst zu erschweren.

Der Allensteiner Bezirkssekretär der U. S. P. D. verhält sich in dieser Hinsicht sehr eigentümlich. In der eingangs erwähnten Versammlung in Hohenstein brachte er die Haltung seiner Partei zwar in einer dem Deutschtum recht günstigen Weise zum Ausdruck, verwischte den guten Eindruck aber wieder durch die am Schlusse mit erhobener Stimme hinausgerufene Aeußerung: **„Ein Schuft ist derjenige Deutsche, der am 11. Juli für Polen stimmt, und ein Schuft der Pole, der für Deutschland stimmt."** Wer ist hier im Abstimmungsgebiet aber als Pole anzusehen? Das ist ja die große Frage, um die sich der Kampf dreht. Wir sind der Ansicht, daß die polnischsprechende Bevölkerung (die ja zum großen Teil gar nicht zu Polen will) auch von den U. S. P. D.-Rednern zum Verbleiben bei Deutschland aufgefordert werden muß. Durch einen solchen Eiertanz, wie Drescher ihn aufführt, treibt man die Bevölkerung den polnischen Imperialisten als Kanonenfutter für ihre Kriegsunternehmungen zu. Aber Drescher wollte wohl den in der Versammlung in außergewöhnlich starker Zahl erschienenen Angehörigen des polnischen Propagandadienstes eine kleine Freude bereiten. Denn die Erinnerung an die schon wochenlang vor der „Warschaufahrt" abgehaltenen herrlichen Weingelage mit den polnischen „Parteigenossen" ist wohl noch zu frisch. Wenn die Provinzialleitung der U. S. P. D. es noch nicht weiß, so sei es ihr hiermit zur Kenntnis gebracht, daß ihr hiesiger Vertrauensmann seit langem die Bemühungen der Polen kannte, an den freundschaftlichen Zusammenkünften, in denen Nächte hindurch gezecht wurde, und in denen die „Polenfahrer" mürbe gemacht wurden, teilgenommen hat und von ihrer Reise nach Warschau vorher unterrichtet gewesen ist.

Wir machen diese Feststellungen im Interesse der Reinlichkeit der gesamten Arbeiterbewegung und richten an die Mitglieder der U. S. P. D. Ostpreußens die dringende Bitte, nicht zuzulassen, daß das Abstimmungsgebiet mit seinen im letzten Jahre so kräftig aufgeblühten gewerkschaftlichen und politischen Organisationen durch ungeschicktes oder gewissenloses Verhalten einzelner Personen verlorengeht.

Franz Nowakowski (Allenstein).

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzog, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. b. m. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Nachtrags-Polizeiverordnung

zur Polizeiverordnung vom 21. April 1920 über die Reinigung der Schornsteine.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 256), der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195), des § 77 der Reichsgewerbeordnung sowie des § 46 der Bestimmungen des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 1. Dezember 1917 über die Anstellung und Pflichten der Bezirksschornsteinfeger wird hierdurch mit Zustimmung des hiesigen Magistrats für den Stadtbezirk Halle a. S. folgendes verordnet:

§ 1.

Der § 5 der Polizeiverordnung über die Reinigung der Schornsteine vom 21. April 1920 erhält folgenden Wortlaut:

Als Schornsteinfegerlohn ist von dem Hausbesitzer oder seinem Stellvertreter an den Bezirksschornsteinfeger zu zahlen:

1. Für die einmalige Reinigung eines russischen (unbesteigbaren) Schornsteins für das erste Geschoß 0,60 Mk. und für jeder weitere Geschoß 0,20 Mk. mehr.
2. Für die Reinigung deutscher (besteigbarer) Schornsteine, für Schornsteine gewöhnlicher gewerblicher Anlagen und für Zentralheizungen, die doppelten Gebührensätze wie bei russischen Schornsteinen.
3. Für die einmalige Reinigung der den Schornsteinen gleich zu achtenden Kamine oder Nebenschläuche, wenn sie russisch (unbesteigbar) sind, für die ersten 4 Meter 0,60 Mk. und für jede weiteren 4 Meter 0,30 Mk., wenn sie deutsch (besteigbar) sind, die doppelten Sätze. Angefangene 4 Meter werden für voll berechnet.
4. Für das Ausbrennen eines russischen Schornsteins zwecks Entfernung des Rußes 6 Mk.
   Das zum Ausbrennen der Schornsteine erforderliche Material ist vom Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter kostenfrei zu liefern.
5. Für die Reinigung einer Räucherkammer für jede Stunde der aufgewendeten Arbeitszeit 4 Mk.
6. Für die Berechnung der Gebühren ist die Höhe jedes einzelnen Schornsteins von seiner Sohle bis zum Kopfe nach Maßgabe der durchlaufenen Geschosse in Betracht zu ziehen. Dächer über 4 Meter Höhe zählen für jede angefangenen vier Meter als Geschoß. Desgleichen werden bei Schornsteinen, welche mehr als 4 Meter über Dach geführt sind, bei dem über Dach stehenden Teil jede angefangenen 4 Meter als Geschoß berechnet.
7. Für Arbeiten außerhalb der ortsüblichen Arbeitszeit (im Sommer von 7 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, im Winter von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags) sowie für solche Arbeiten, die auf besondere Bestellungen ausgeführt werden: die doppelten Gebührensätze.

§ 2.

Die in § 1 aufgeführten Kehrlohnsätze sind für alle Bemühungen der Bezirksschornsteinfeger seit dem 1. April 1920 zu entrichten.

Halle, den 21. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung. J. V. gez. Seydel.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Verkehr mit Süßstoff vom 20. Juli 1916 und der Verfügung der Reichszuckerstelle vom 28. Juli 1917 wird in Ergänzung der Bekanntmachungen vom 7. September und 10. Oktober 1916 für den Stadtbezirk folgendes angeordnet:

Für jede Person eines Haushaltes können drei Briefchen Süßstoff (sog. H-Packung) zum Preise von 1 Mk. für das Paket nach Maßgabe der aufgedruckten Bestimmungen in den Drogengeschäften oder in den Apotheken käuflich erworben werden. Bei dem Verkauf hat der Verkäufer die Marke 535 des Warenbezugsscheines Nr. 30 für je drei Briefchen Süßstoff abzutrennen. Die Abtrennung des Warenbezugsscheinabschnittes ist unerläßlich und hat in jedem Falle zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 3. Obergeschoß, Zimmer 37, unter Angabe ihres Restbestandes binnen 14 Tagen einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Halle, den 23. Juni 1920. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Donnerstag, en 24. Juni, auf den Abschnitt 36 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler John, Kl. Ulrichstr. 26 und Gr. Gosenstr. 17. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Qark zum Preise von 1,28 Mk. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Sonnabend, den 26. Juni, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Donnerstag, den 24. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 23 501 bis 25 000 vormittags von 8 bis 12 und nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 70 Gramm zum Preise von 60 Pfg. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Bratfett (kein Pflanzenfett) in der Talamtschule am Donnerstag, den 24. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 27 001 bis 33 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 33 001 bis 40 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es kann an jede Person eines Haushalts ½ Pfund zum Preise von 9 Mk. für das halbe Pfund abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Trockenei (4. Sonderverteilung) in der Talamtschule am Donnerstag, den 24. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 27 001 bis 33 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 33 001 bis 40 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es können für jede Person 50 Gramm zum Preise von 4 Mk. abgegeben werden. 50 Gramm Trockenei entsprechen der Güte von 5 Eiern. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von weißen Bohnen mit Fett in der Talamtschule am Donnerstag, den 24. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 001 bis 61 500 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 68 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es können an jede Person eines Haushaltes zwei Dosen zum Preise von 2 Mk. für die Dose abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Kerzen in der Talamtschule am Donnerstag, den 24. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 001 bis 61 500 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 68 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es können an jeden Haushalt drei Kerzen zum Preise von 4 Mk. für drei Stück abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Weißenfels

Besprengung der Straßen.

Die nach der Straßenordnung zur Reinigung der Straßen und Plätze Verpflichteten werden darauf hingewiesen, daß sie bei anhaltender Wärme verpflichtet sind, die von ihnen zu reinigenden Straßenteile täglich mindestens zweimal, und zwar vormittags bis 7 Uhr und nachmittags bis 4 Uhr mit reinem Wasser zu begießen.

Die Befeuchtung durch die städtischen Sprengwagen, welche z. B. aus räumlichen oder zeitlichen Gründen nicht immer überall hingelangen können entbindet von dieser Verpflichtung nicht.

Weißenfels, den 15 Juni 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Quark-Verkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 1. Quarkmarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gr. zum Preise von 1.— Mk. abgegeben.

Petzold 32 375—33 750.

Die Abholung hat bis zum 24. 6. mittags 12 Uhr zu erfolgen.

Stundenplan der Arbeiterklassen.

Der Unterricht der Arbeiterklassen, die bei der Aufnahme am 19. Juni d. J. gebildet wurden, findet in der **Beuditz-Volksschule** statt und zwar:

I. Dienstag von 2—6 Uhr:

1. Arbeiterklasse U 1 (Laufburschen) b. Lehrer Schmidt Zimm. 25.

II. Sonnabend von 2—6 Uhr.

2. Arbeiterklasse U 2 (Schuhfabriken) bei Lehrer Krause. Zimmer 28.
3. " U 3 (Schuhfabriken) bei Lehrer Seydewitz. Zimmer 18.
4. " U 4 (Eisenwerkstätten, Papierfabrik, Mühlen bei Lehrer Friedrich. Zimmer 27.

Sonnabend, den 26 Juni wird zwecks Einleitung des Strafverfahrens mit der Feststellung begonnen, wer den Bekanntmachungen des Magistrats zuwider (vergl. Tageblatt vom 16. u. 17. Juni) bis dahin die entsprechenden Anmeldungen noch nicht erstattet hat oder schuldhafter Weise fehlt.

Weißenfels, am 21. Juni 1920.

Der Magistrat.

Eine Ermäßigung von 20% auf alle Einkäufe
geben wir um das Kaufen zu erleichtern
Gardinenhaus Methner
Halle: Leipzigerstraße am Leipziger Turm.

Apollo-Theater. Täglich abends 8 Uhr: „Die Erbtante" Posse i. 3 Akt. v. H. Treller. Gastspiel von Fritz-Turm-Silvare. In den Hauptrollen: Paul Beckers und Fritz Thurm-Silvare.

Stadt-Theater. Donnerstag, d. 24. Juni. Anfang 6, Ende 11 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg" Freitag: Emilia Galotti.

Bad Wittekind. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr: Großes Streichkonzert vom verstärkten Philharm. Orchester. Leitung: Gastdirigentin Ludmilla Gerecke. Eintrittspreise: für Erwachsene 2 Mk., Kinder 1.50 Mk. Dauerkarten frei.

Führer durch das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz von RUDOLF WISSELL gibt über alle Bestimmungen des Gesetzes, wie: Lohnabzug u. Steuerkarte, steuerpflichtiges u. steuerfreies Einkommen, Abzüge usw., unter Anwendung praktischer Beispiele und Tabellen sichere Auskunft. Preis Mk. 2,50 + 20%. Die Lieferung erfolgt durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Große Ulrichstraße 27 — und deren Austräger. —

Mass-Schäfte in bester Ausführung, auch von selbst geliefert. Material, fertigt innerhalb 2 Tagen an Schäftefabrik F. Noah, Leipzigerstraße 16, Eingang Gr. Sandberg.

Rolladen Jalousien Markisen usw. liefert u. repariert Fach-Firma: Hönemann Büro: Am Bauhof 1. Fernr. 5849 u. 3631.

Für Gewerkschaftsfeste, Kinder-, Garten- und Volksfeste empfiehlt Stocklaternen Fackeln mit Lichte, Tragstäbe, Girlanden u. sonstige Kinder-Belustigungs-, Geschenk- und Verlosungsartikel Paul Lange, Merseburgerstr. 168 neben Apollo-Theater.

Holzpantoffeln nicht mit gestückeltem Lederblatt, nicht aus Tuchblatt, nur aus gutem, ganzen Lederblatt liefert billigst Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof. Wiederverkäufer Vorzugspreise. 1240

Proletar. Freidenkerbund Ortsgruppen Weißenfels-Naumburg. 2 öffentl. Versammlungen Freitag, 25. Juni abends 8¼ Uhr im Volkshause Weißenfels. Sonnabend, 26. Juni abends 8¼ Uhr im Saale der „Reichskrone" Naumburg. Thema: „Christliche oder sozialistische Weltanschauung." Referent: Redakteur Hugo Efferoth Leipzig. Die Einwohner Weißenfels und Naumburgs und insbesondere die Frauen, in deren Reihen in religiösen Fragen noch große Unklarheit herrscht, wollen zahlreich erscheinen. Die Geistlichkeit von beiden Städten ist zur Diskussion geladen. Freie Aussprache! Eintritt: 50 Pfg.

Reparaturen an Uhren übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preisen H. Lerner, Uhren-Reparatur-Werkstatt Gr. Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstraße).

Rheuma, Gicht, Ischias, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerz.). Kostenlos teile ich gern mit, wie Tausende Patienten durch ein einfaches Mittel in kurzer Zeit Heilung fanden. Krankenschwester Caroline, Wiesbaden F. 63. s

Möllers Rosengarten in herrlichster Blüte. Einzig in seiner Art. Angendhm. Aufenthalt. Erholungsort für jung und alt. Station d. Fernbahn Halle—Merseburg.

Wir haben einen großen Posten dünnen Papier-Bindfaden im ganzen oder kiloweise preiswert abzugeben Verlag „Volksstimme" G. m. b. H. Gr. Ulrichstraße 27. Fernruf 5407.

Billige Nähseide schwarz, Rolle ca. 120 m, Mark 5.— Leinenzwirn schwarz billigst Wünsch & Kaps, Ludwig-Wuchererstr. 1a.

Drucksachen für Geschäft u. Haus in allen Ausführungen bei J. Zoebisch, Gr. Steinstrasse 82.

Warum quälen Sie sich? Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Katarrhen der Atmungsorgane, Asthmabeschwerden, tuberkulösen Lungenleiden haben Riolin-Pillen vom Laboratorium „Ria" schon vielen geholfen. Viel Dankschreiben. Schachtel 5 M, 4 Schachteln zu einer Kur 18,50 M. Versand u. Nachnahme. Generaldepot in der Adler-Apotheke, Königshütte O.-S., Kronprinzenstraße 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200623-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Preßkommission. Mittwoch abend 6 Uhr in der Buchhandlung „Volksstimme", Gr. Ulrichstr. 27, **wichtige Sitzung.**

Vorstandssitzung der S. P. D. Halle. Sonnabend, den 26. Juni, abends 7 Uhr in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus".

Arbeiterjugend. Die Genossinnen und Genossen treffen sich heute (Mittwoch) abend 7 Uhr im Jugendheim, Weidenplan (Hauseingang, nicht Toreinfahrt), zum geselligen Beisammensein. — Donnerstag abend 7 Uhr auf dem Spielplatz Peißnitz Spiele. Um pünktliches sowie vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

„Freier Sängerchor." Vereinslokal Schultheiß, Merseburger Straße 10. Heute abend findet eine Extra-Singestunde statt. Sangesbrüder erscheint alle!

Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 23. Juni 1920.

Oberbürgermeister Dr. Rive kehrt zurück!

Vom Magistrat erhalten wir folgende Zuschrift:

Nachdem der Bezirksausschuß zu Merseburg das Disziplinarverfahren gegen Oberbürgermeister Dr. Rive am 12. d. M. eingestellt hat, hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen den Oberbürgermeister aufgefordert, sein Amt sofort wieder auszuüben.

*

Oberbürgermeister Rive hatte das Disziplinarverfahren selbst gegen sich angestrengt. Wie schon Bürgermeister Seydel in der letzten Stadtverordnetensitzung bekannt gab, ist das Verfahren „wegen Mangels an Beweisen" eingestellt worden. Die Mehrheit der Stadtverordneten beschloß bekanntlich trotzdem in einer am Montag gefaßten Entschließung erneut das Disziplinarverfahren gegen Dr. Rive und die übrigen in Frage kommenden städtischen Beamten zu beantragen.

Trotz der Entschließung, trotz des berechtigten Mißtrauens des größten Teiles der Stadtverordneten wie der hallischen Bevölkerung soll also der Herr Oberbürgermeister wieder auf seinen alten Posten zurückkehren. Wir können uns nicht vorstellen, in welcher Weise künftig das Zusammenarbeiten in unserem Stadtparlament vor sich gehen soll, wenn das Oberhaupt unserer Stadtverwaltung auf solchen Widerstand stößt. Es geht nicht an, die Vorgänge während der Kapptage als ungeschehen und unbeseben hinstellen zu wollen. Dem Gen. Oberpräsidenten Hörsing wird allerdings für diese Wendung der Angelegenheit kein Vorwurf zu machen sein, da er nach dem eingestellten Verfahren des Bezirksausschusses rechtlich keine Handhabe hatte, die Wiederkehr des Oberbürgermeisters zu verhindern. Es wird sich aber zeigen, ob der Protest der Stadtverordnetenmehrheit stärker ist als das „Urteil" des Bezirksausschusses, zu dessen Beweisführung in der hallischen Bevölkerung wenig Vertrauen besteht.

Außerordentliche Mitgliederversammlung der S. P. D. Halle.

Die gestern abend im St. Nikolaus tagende außerordentliche Mitgliederversammlung unserer Partei hatte erfreulicherweise einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Wie notwendig es aber auch ist in der kommenden Zeit mit allen Kräften an der Ausbreitung unserer sozialistischen Ideen durch unermüdliche Agitation zu wirken, hat Gen. Prof. Waentig in seinem Vortrage über „Die politische Lage" jedem Genossen klargelegt. Die Periode in der die Sozialdemokratie sich nicht an der Regierung beteiligt, muß davon ausgefüllt sein, alle Kräfte zu sammeln, um die Aufklärung besonders durch mündliche Propaganda emsig betreiben zu können. Das Referat des Gen. Waentig gab nicht nur ein Bild von der gegenwärtigen politischen Lage, sondern rollte insbesondere auch die Frage auf, was nun von unserer Partei zu geschehen habe, um den Stimmenverlust bei der Reichstagswahl, der zum Teil durch eine rein gefühlsmäßige politische Orientierung vieler Wähler hervorgerufen wurde, wieder wett zu machen. Das mit reichem Beifall aufgenommene Referat hatte eine rege Debatte zur Folge. Es zeigte sich dabei allerdings, daß einzelne Diskussionsredner die Gedankengänge des Vortrages nicht richtig auffaßten und dadurch zu falschen Schlüssen veranlaßt wurden. In seinem Schlußwort ging Gen. Waentig darauf ein und zerlegte einige Irrtümer der Diskussionsredner.

Der geschäftliche Teil der Tagesordnung brachte die Wahl folgender Genossen zum Unterbezirkstag am kommenden Sonntag: Müller, Benkert, Tschäpe, Thiele, Witters, Schumann, Gestel, Feuerhahn. Ferner wurde vom Vorsitzenden, Gen. Heine, bekanntgegeben, daß Sonntag, den 11. Juli, im „Hofjäger" das Sommerfest der Partei stattfindet. Da beabsichtigt ist, zu dieser Veranstaltung auch Kindereigen aufzuführen, werden die Eltern gebeten, ihre Kinder von 8—12 Jahren jeden Donnerstag von 6—7 Uhr abends zur Einübung dieser Reigen nach dem Peißnitzspielplatz zu schicken. (Nähere Angaben erfolgen noch durch besondere Bekanntmachung.)

Vom Gen. Kliebe wurde noch auf den „Freien Sängerchor" aufmerksam gemacht und die sangesfreudigen Genossen gebeten, sich demselben anzuschließen, damit der Chor in die Lage versetzt wird, gute gesangliche Darbietungen zu bringen. Für die „Arbeiterjugend", die sich erfreulich günstig entwickelt, sprach Gen. Görsch und wies darauf hin, daß wir der Jugend unsere besten Kräfte widmen müssen.

Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, alle Parteiveranstaltungen so gut wie diese Versammlung zu besuchen und sich ebenso lebhaft an der Agitation zu beteiligen, besonders aber auch unsere hauptsächliche Waffe die „Volksstimme" verbreiten zu helfen, wurde die anregend verlaufene Versammlung, die zur Klärung vieler Fragen beigetragen hat, geschlossen.

Reisendes Korn.

Ueber die Felder ist ein goldiger Glanz gekommen. Die Halme stehen wie dünne spiegelnde Säulen. Die Aehren schwellen zusehends. Schon neigen sich einzelne. Schon streicht es im Winde wie ein warmer Brodduft über den weiten Acker. Ein Rascheln geht durchs Korn, eine zitternde Bewegung, die etwas leise Knisterndes an sich hat. Die Luft steht still. Und doch dieses Raunen und Wispern. Wie der Hauch des Lebens ist es, das nicht schweigen kann und nicht schweigen mag.

Müßig schlendere ich in der sonntäglichen Feierstunde durchs Feld. Einen schmalen, ausgetretenen Weg wandele ich. Meine Schultern streifen die Halme bei jedem Schritt. Und die Aehren furren und raunen mir in die Ohren, indes die Mittagssonne das letzte Reifen in jedem Korn kocht. Ein zittriger Glanz umleuchtet meine Augen. Lichter blitzen auf und spiegeln sich in dem Strohblank der steilen und steifen Halme. Eine brütende Sommerwärme quillt vom Boden auf. Ganz ferne dunkeln Wälder doppelt dunkel in dem grellen Lichte, das umflirrt und knistert.

Und Blumen über Blumen in diesem reifenden Halmenmeer. Die blaßvioletten Trichter der Ackerwinde hauchen süßlichen Mandelduft. Gelber Hahnenfuß leuchtet. Roter Mohn flammt auf. Blauviolette Kornraden tupfen die bunte Mannigfaltigkeit. So große Lust ich auch hätte, mir einen Strauß von dieser Feldbuntheit mit heim zu nehmen, ich lasse sie alle stehen: die Trichter unnd Glocken, die Sterne und Kelche. Und ich freue mich nur, sie alle hier beieinander zu sehen in üppiger Ackerwildnis, die doch der Steinöde der Stadt gar nicht allzu entfernt ist.

Was ist nun das Leben? Und wo ist es? Atmet es einzig und allein in den staubigen Gassen der Stadt? Pulst es nur in den Sälen, in den Fabriken und in den dumpfen Behausungen des Häusermeeres? Wer weiß mir Antwort? Ich weiß: hier draußen harrte ich vergebens darauf! Und doch: doppelt bunt lacht mir das Blumenallerlei entgegen, doppelt warm umschmiegt mich das stille Leuchten und doppelt und dreifach strömt eine große Ruhe in mein Herz hinein. . . .

Und ich weiß: ich werde diesen Weg, den ich heute wandle, noch des öfteren gehen. Ich werde ihn wandern, solange noch nicht die Sense die stolzen Halme niedergestreift hat, solange sich noch die ungezählten Blumen im Schutze des reifenden Segens sicher und ungefährdet fühlen. Denn nach den Tagen der Arbeit wandert es sich gut auf schmalem Pfade durch reifendes Korn. . . .

Eine deutschnationale Geburtsanzeige.

Die „Deutsche Zeitung" vom 13. Juni bringt folgende Familienanzeige, die auch bereits in anderen deutschnationalen Blättern zu lesen war:

Hamburg, den 13. Juni 1920.

Weit mehr als Ebert dürfte ihm gehuldigt werden!
Heut kam uns ein gesunder Junge auf die Erden,
Dr. Werner Scheibe und Frau Gunde geb. Gerke.

Peter Michel schreibt dazu in der „Dresdner Volkszeitung" folgende belustigenden Verse:

„Heut kam uns ein gesunder Junge auf die Erden,
Weit mehr als Ebert dürfte ihm gehuldigt werden!"

So meldet froh aus Hamburg Doktor Werner Scheibe
Nebst Gunde, seinem angetrauten Eheweibe.

Die Eltern scheinen krank. Wie lange schon erwiesen
Beginnen meist mit Größenwahn die Paralysen.

Sagt, müßte solche Leute nicht zu eignem Frommen
Der Staat daran verhindern, Kinder zu bekommen?

Deutschland braucht eine Jugend, stark an Leib und Geiste,
Die, was wir selber noch nicht schaffen können, leiste.

Doch kann ein Kind, mag es auch dick und kugelrund sein,
Bei solchen Eltern wohl im Kopfe ganz gesund sein?

Kein Verkehrsrückgang bei der Post.

Vom Reichspostministerium wird mitgeteilt: Die Meldungen, die über einen starken Verkehrsrückgang bei der Post nach Einführung der erhöhten Portosätze berichten, sind nach den gegenwärtig vorliegenden Ergebnissen unberechtigt oder zumindest stark übertrieben. Die Ergebnisse aus dem Reiche fehlen zwar zum großen Teile noch, doch liegt zurzeit schon der ziemlich maßgebende Bericht der Oberpostdirektion Berlin vor, wonach von einem Verkehrsrückgang größeren Maßstabs nicht gesprochen werden kann. Die eingetretene schwächere Beanspruchung der Post ist nicht auf die erhöhten Portosätze, sondern auf die erfahrungsgemäß schwächere Inanspruchnahme während der Sommerzeit zurückzuführen. — Für Halle werden uns diese Angaben als zutreffend bestätigt.

Kochgasregulierer.

Von der Verwaltung der städt. Gas- und Wasserwerke wird uns mitgeteilt:

„Eine auswärtige Firma vertreibt seit einigen Tagen in einzelnen Stadtteilen sogen. Kochgas-Regulierer und -Sparer und versucht den Eindruck zu erwecken, als ob dies im Einverständnis mit der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke geschehe. Die Verwaltung steht aber, wie sie uns mitteilt, der Sache völlig fern; sie warnt im Gegenteil vor Ankauf, weil eine Ersparnis an Gas dadurch nicht erzielt werden kann."

* **Neue Wohnungen.** Die an der Merseburger Straße, auf dem früheren Sportplatz, neben dem Bergmannstrost gelegenen, vom „Bauverein für Kleinwohnungen" neuerbauten Häuser, können dieser Tage bezogen werden. Es sinden dadurch 37 Familien eine anständige, gesunde Wohnung. Im ganzen sind es 24 Familienwohnungen, in vier Häuser verteilt, im Preise von 340 bis 400 Mark Miete. In sehr kurzer Zeit werden wieder auf demselben Platze eine größere Anzahl Häuser in Angriff genommen. Dieselben können voraussichtlich am 1. April 1921 bezogen werden. In Frage kommen 15 Familienhäuser, 8 Zweifamilienhäuser und 2 Mehrfamilienhäuser mit je 6 Wohnungen.

Die Erhöhung der Renten in der Invalidenversicherung. Durch das Gesetz vom 20. ds. M. sind die Invaliden-, Kranken- und Altersrenten um monatlich 10 M. mit Wirkung vom 1. Juli an erhöht worden. Die Empfänger dieser Renten müssen also bei der nächsten Rentenzahlung mit Quittungen erscheinen, die auf die Rente nebst 30 M. Zulage lauten. Bei den Witwenrenten beträgt die Erhöhung monatlich 5 M. und die Quittungen müssen demnach auf den Betrag der Rente nebst 15 M. Zulage lauten. Wenn die Quittungen nicht richtig ausgestellt sind, müssen sich notwendig bei der Auszahlung Weiterungen ergeben. Keinen Anspruch auf diese Rentenerhöhung haben insbesondere die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen, die demnächst auf Grund des kürzlich veröffentlichten Reichsversorgungsgesetzes ganz bedeutend höhere Bezüge erhalten als bisher, sie bekommen aber bis zum Jahresschluß noch die früheren Rentenzulagen.

Kleines Feuilleton.

Zur Neuinszenierung der „Meistersinger von Nürnberg".

Von Leopold Sachse.

Richard Wagner hat mit seinem Erscheinen jede Operntradition durchbrochen, alles Althergebrachte und Vermorschte der großen Oper bei Seite geworfen und uns das „Musikdrama" geschenkt. In Bayreuth baute er sich den Tempel reinster Kunst, wo seine Werke, von ihm inszeniert, in seinem Geiste gespielt wurden. In seinem Geiste und nicht in seiner Schablone. Mißverstandene Gözendienerei hat die sogenannten Wagnerianer dazu gebracht, für alle außerhalb Bayreuth gegebenen Werke eine Bayreuther Schablone zu fordern. Persönliche Durchdringung eines Werkes wurde keinem Regisseur gestattet, Bayreuther musikalische Assistenzen und Bühnenhilfskräfte brachten die allein seligmachende Tradition in die größeren Theater. Die kleinen Bühnen kopierten wieder die größeren und so sind wir heute glücklich so weit, daß der König Heinrich in Kattowitz im gleichen Takt den rechten Arm hebt wie der in Wien, daß ein Elisabeth-Mantel in Berlin das gleiche Ornament hat wie in Sondershausen. Stumpfe Uniformität! Gleichwohl hat diese verhängnisvolle Liebedienerei die Wagnerianer nicht abgehalten, den Lebenswunsch des Meisters, Parsifal ausschließlich in Bayreuth aufgeführt zu sehen, mißachtend das Bühnenweihfestspiel dem Alltagsbetrieb der Bühnen einzuordnen.

Kein Werk hat unter der Einzwängung in das Prokrustesbett Bayreuther Tradition so gelitten, wie die Meistersinger von Nürnberg. Denn gerade in den „Meistersingern", dem Höhengipfel der komischen Oper, gibt Wagner sein Bekenntnis ab gegen die Beckmesserei, die im Althergebrachten ihr einziges Heil sucht. Wenn Hans Sachs sagt: „Einmal im Jahre fänd' ich's weise, daß man die Regeln selbst probier, ob in der Gewohnheit trägem Geleise ihr Kraft und Leben nicht sich verlier!" so fand wir dieser Mahnung gefolgt. Paul Thiersch, der s. Z. als Bühnenbilder zu Pfitzners „Christelflein" entwarf, hat neue Dekorationen geschaffen, die all den süßlichen Kram vermeiden, der so häufig als Nürnberger Stil ausgegeben wurde. Kein Besucher Nürnbergs wird ohne Schauder an die kunstgewerblichen Erzeugnisse zurückdenken, die dort als Hans Sachs-Häuser verkauft werden und die man so hübsch im „Salon" aufhängen kann. Besonders schöne Stücke lassen sich noch durch eine innen angebrachte Glühbirne magisch verklären. Dieses Machwerk einer wuchernden Terra cotta — Fantasie ist aber ungefähr der Grundton der bisher üblichen Meistersinger — Bilder. Wenn Thiersch davon bewußt abrückt, so hat er trotzdem bei aller Freiheit der Behandlung doch auf Grund historischer Vorbilder geschaffen. Die „süße Lebkuchenweis" und den „ledernen Stammtischton" früherer Einrichtungen hat er mit um so größerem Recht vermeiden dürfen, als er durch eingehende Studien festgestellt hat, daß z. B. die bisher üblichen Kostüme in der Mehrzahl durchaus unhistorisch waren. Jeder Kenner der Katharinenkirche wird außerdem wissen, daß die Dekorationen, die man im ersten Akt der Meistersinger zu sehen bekam, jedes andere Kircheninnere, nur nicht das der Katharinenkirche darstellen konnten. Mit der historischen Treue, die angeblich bislang obwaltete, ist es also nicht so weit her. Stand es so mit dem äußeren Gewande des Werkes, so war es mit der Darstellung nicht viel anders bestellt. Die Meistersinger haben das harte Schicksal über sich ergehen lassen müssen, schnittweise dem Publikum vorgesetzt zu werden. Die Tatsache, daß man in der Festwiese mit Massenaufzügen dienen konnte, genügte, um aus diesem an sich völlig unverständlichem Bruchteil eine Festdarbietung zu machen, die man bei besonderen Gelegenheiten, bei denen das Fest mahl der wesentliche Teil der Veranstaltung war, aufführte. Der Charakter der komischen Oper ging so im Lauf der Zeiten ganz verloren, wenn man von Uebertreibungen übereifriger Beckmesserdarsteller und den angeblich scherzhaften Bewegungen absieht, die die Tradition den Zunftchören des letzten Aktes zudiktiert.

Sollte mancher Besucher wie Beckmesser finden, daß in unserer Aufführung „kein Absatz wo. kein Coloratur" vorhanden wäre, so mögen uns doch auch Richter erstehen, die wie Hans Sachs unsere Weise als „neu, doch nicht verwirrt" erkennen und nicht „nach Regeln messen, was nicht nach ihrer Regeln Lauf".

Stadttheater. Heute, Mittwoch, findet wegen Vorbereitung zu „Meistersinger von Nürnberg" keine Vorstellung statt. Die Mittwoch-Stammkarten haben am Sonnabend Gültigkeit. Donnerstag, abends 6 Uhr, gelangt Richard Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg" zur Aufführung. Freitag wird Lessings „Emilia Galotti" gegeben. Sonnabend, abends 6 Uhr, im Mittwoch-Abonnement erste Wiederholung „Die Meistersinger von Nürnberg". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Flachsmann als Erzieher". Sonntag abend „Das Dreimäderlhaus". Montag im Dienstag-Abonnement „Die Afrikanerin". Dienstag „Die Meistersinger von Nürnberg".

* **Bad Wittekind.** Auf das heute Mittwoch abend 8 Uhr stattfindende große Streichkonzert vom verstärkten Philharmonischen Orchester unter Leitung der Gastdirigentin Ludmilla Gehrecke sei nochmals empfehlend hingewiesen. (Siehe Anzeige.)

Freie Wirtschaft

oder: Land und Stadt — oder: In der Sommerfrische —
oder: Auf der Hamsterfahrt.

„. . . unn wassi ihn noch saachn wollde: non morjn an gann ich Ihn geene Millich mähr gähm, die braucht mr sälmer, mir hamm jädzd gleene Saie (Säue) . . ."

*

„. . . Nee, unse Hiehner gluggn jädzd, mir hamm sälmr schon gebarmd, daß mr nich genuch Eier hamm zum Baggn (Backen) . . ."

*

„. . . Se genn mersch gloom: wemmr nischd mähr abzeliefern brauchdn, da gäbs mähr . . ."

*

„Wieviel Kühe haben Sie eigentlich?"
„Viere oder fimfe heechsdns!"
„Was? Mehr nicht? Auf dem großen Hof?"
„Nee, wissn Se, wemmr mähr haddn, da missdn mr Millich abliefern, awwr so, da fimmt Sälbstversorcher!"
„Und das brauchen Sie alles allein auf?"
„Nu freilich, das braucht mr alleene . . ."

*

„Was griechn Se dnn da in der „Linde"?"
„Die Frau Schneider gibt mir hier und da einen halben Liter von ihrer Ziegenmilch ab."
„Unn das dringgn Se, das Zeich? Das griechn bei uns de Saie!" B. im „Drachen".

Literatur.

Der freie Beamte. Mitteilungsblatt der Zentralstelle für Beamtenagitation. Aus dem Inhalt der eben erschienenen Nr. 8 des Mitteilungsblattes heben wir hervor: Nach der Schlacht von M. Cronefeld. Beamte und Sozialdemokraten von Hans Wiegendes. Aus den Berufsverbänden. Aus der Gesetzgebung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200623-19/fragment/page=0005

Demnach haben die Kriegsinvaliden die Quittungen wie bisher über den Rentenbetrag nebst 20 M. Zulage und die Kriegswitwen über den Rentenbetrag nebst 10 M. Zulage auszustellen. Wenn ihnen auf Grund von Quittungen über einen höheren Zulagenbetrag dieser bei der Post ausgezahlt werden sollte, würde das zu viel Gezahlte bei der nächsten Zahlung abgezogen werden. Durch das Gesetz vom 20. v. M. sind auch für die Waisen, die nicht Kriegswaisen sind, Rentenzulagen von monatlich 10 M. eingeführt worden. Diese Zulagen werden aber erst ausgezahlt, nachdem den Empfangsberechtigten besondere Nachricht von der Landesversicherungsanstalt zugegangen ist, und zwar nachträglich für die Zeit vom 1. Juli ab. In ihre Quittungen ist also bis zum Empfang dieser Nachricht nur der Monatsbetrag der Rente selbst einzustellen.

Benutzung der Züge ohne Fahrkarte. Um den Ueberhandnehmen der Benutzung der Eisenbahnzüge ohne gültige Fahrkarte und besonders auch der unbefugten Benutzung einer höheren Wagenklasse als der zustehenden zu begegnen, hat die Eisenbahnverwaltung besondere Maßnahmen ergriffen. Es finden in erhöhtem Maße Fahrkartenprüfungen während der Fahrt sowie bei längeren Aufenthalten auf den Stationen durch Schaffner und Zugkontrolleure statt. Bei Feststellung von Reisenden ohne gültigen Fahrtausweis werden die erhöhten Fahrpreiszuschläge von 20 Mark sofort durch die entdeckenden Zugschaffner oder Kontrolleure von den betroffenen Reisenden erhoben. Wenn die sofortige Zahlung verweigert wird, so wird der Reisende von der Weiterfahrt ausgeschlossen. Hiervon kann auf Anordnung des Aufsichtsbeamten nur bei alleinreisenden Kindern oder sonstigen begründeten Umständen abgesehen werden.

Hallischer Künstlerrat. Den Mittelpunkt der letzten Tagung bildete der Antrag auf sofortige Schaffung eines Reichskünstlerrates. Der Künstlerrat beschloß, den gegebenen Anregungen entsprechend, in Gemeinschaft mit den übrigen Künstlerräten Mitteldeutschlands zur Entsendung von Vertretern aus dem Reiche nach Halle, dem Ausgangspunkt der Künstlerratsbewegung, aufzufordern. Aus dieser ersten Zusammenkunft von bevollmächtigten Vertretern sämtlicher Kunstzweige aus allen Teilen des Reiches soll ein vorläufiger Reichskünstlerrat geschaffen werden. Dieser würde bei der Fülle der ihrer Lösung harrenden Aufgaben unmöglich ohne fruchtbare Arbeit bleiben können. Der Künstlerrat beschloß den Beitritt zum Deutschen Volksbausbund.

Wer ist der Tote? Am 22. Juni 1920 ist hier die Leiche eines unbekannten Mannes, die einige Tage im Wasser gelegen hat, geländet. Der Tote, dem Arbeiterstande angehörig, ist etwa 35 Jahre alt, 1,74 Meter groß, kräftig, hat dunkelblondes volles Haar und dünnen Schnurrbart, länglich volles Gesicht und lückenhafte Zähne. Er war bekleidet mit feldgrauem Rock, braungeplickelter Hose und Weste, schwarz und weiß gestreiftem Barchentshemd, weißgrauer Barchentunterhose, grau angestrickten Socken. In der Weste befand sich eine silberne Remontoir-Uhr mit Goldrand mit der Nr. 026221 an gelber Metallkette. Nachricht wird auf der Kriminalpolizei, Zimmer 21, erbeten, wo auch ein Lichtbild des Toten ausliegt.

Die Nationalökonomische Sprechstunde des Privatdozenten Dr. Ernst Grünfeld soll fortan auch dem Publikum zugänglich sein. Nach vorheriger Anmeldung (Lafontaineestraße 23, Fernsprecher 1959) ist der Genannte zu Auskünften in einschlägigen Berufs-, Studien- usw. Angelegenheiten bereit. Die Beratung geschieht für jedermann unentgeltlich.

Provinz und Umgegend.

Dürrenberg. Kinderfest. Nachdem die Wahlen mit ihrer aufreibenden Tätigkeit hinter uns liegen und wir hier im Bezirk Dürrenberg gut abgeschnitten haben, wurde auf Beschluß der Mitglieder am vergangenen Sonntag, den 21. Juni, bei unserer Genossin Plötner in Groß-Ostrau ein Kinderfest mit gemütlichem Beisammensein gefeiert. Um 3½ Uhr versammelten sich die Genossen mit ihren Kindern, und mit Gesang marschierte man nach Groß-Ostrau, wo die Kinder mit Kaffee und Kuchen bewirtet wurden. Als sich alles gestärkt hatte, begannen unter der vortrefflichen Leitung von Frau Rammelt die Reigen- und Kinderspiele. Der Jungens nahm sich Genosse Schrader an. Bei Topf- und Schinkenklopfen sowie Wettlaufen der Jungen und Alten gingen die fröhlichen Stunden im Flug herum. Genossin Plötner sorgte dafür, daß die Gäste auf ihre Rechnung kamen, wofür wir ihr zum Danke verpflichtet sind. Leider rückte der Abend zu schnell heran und unter lustigem Gesang ging es dann nach Hause, mit dem allseitigen Wunsche, recht bald wieder so ein schönes Fest zu feiern.

Weißenfels. Desinfektion bei Lungentuberkulose. Von der Polizeiverwaltung erhalten wir folgende Zuschrift: Im Interesse der Gesundheit der Bewohner machen wir darauf aufmerksam, daß es Pflicht jedes gewissenhaften Hausbesitzers und Quartiermieters ist, für den Fall daß Personen, welche an Lungen- oder Kehlkopftuberkulose leiden, aus einem Quartier ziehen, die betreffende Wohnung vor der Uebergabe an einen anderen Mieter durch die städtische Desinfektionsanstalt desinfizieren zu lassen. Andernfalls besteht für die neuzuziehenden Personen eine sehr große Ansteckungsgefahr, die ein gewissenhafter Mensch nicht verantworten kann. Die Hausbesitzer, welche in vorstehenden Fällen eine Desinfektion fahrlässigerweise unterlassen, würden sich haftpflichtig machen, wenn bei Unterlassen der Desinfektion eine Uebertragung der Tuberkulose auf die neuen Bewohner stattfindet. Alle Desinfektionen wegen Tuberkulose sind kostenlos. Anmeldungen sind an die Tuberkulose-Fürsorgestelle, Stadthaus oder an den Inspektor der städtischen Desinfektionsanstalt, Herrn Taenscher, Desinfektionsanstalt, Kl. Deichstraße am Bauhof, zu richten.

Werbt neue Leser für Euer Blatt!

Aus aller Welt.

Wittenberge. Arbeitseinschränkung in der Singerfabrik. Nach Verhandlungen mit den Ausschüssen der Singerfabrik ist die Arbeitszeit für die ganze Belegschaft auf die ersten fünf Tage der Woche um eine Stunde täglich verkürzt worden. Es werden also nur sieben Stunden gearbeitet. Sonnabend ruht der Betrieb vollständig. Außerdem wurde zirka 100 jungen, unverheirateten Leuten, die in der Lage sind, jetzt einige Zeit bei den Eltern auf dem Lande aufzuhalten, gekündigt. Man hofft, daß sich in einigen Monaten die Lage wieder gebessert haben wird und der Betrieb in der alten Weise wieder aufgenommen werden kann.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Betriebsräte!

Vom „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" geht uns folgender Aufruf zu:

Von extrem politischer Seite wird fortgesetzt versucht, die Organisation der Betriebsräte den Gewerkschaften zu entziehen und auf syndikalistische oder kommunistische Aktionsprogramme festzulegen. Zu diesem Zwecke werden Zentralstellen oder provisorische Rätezentralen errichtet und die Betriebsräte auf den Verkehr mit denselben hingewiesen. Auch auf einer in Halle a. d. S. abgehaltenen Versammlung von Betriebsräten extremster Richtung wurde eine solche provisorische Reichszentrale in Berlin, die vermutlich unter der Leitung der Däumig, Malsahn usw. steht, empfohlen. Der Zweck dieser provisorischen Reichszentrale ist kein anderer, als die Betriebsräte nach politischen Meinungsverschiedenheiten auseinander zu organisieren und anstatt der einheitlichen Arbeiterinteressenvertretung gegenüber dem Unternehmertum den Kampf von Arbeiter gegen Arbeiter zu pflegen. Durch solche Selbstzerfleischung aber würden die Betriebsräte niemals ein machtvolles Werkzeug zur Demokratisierung unserer Volkswirtschaft werden, sondern sie würden sich jedes Einflusses in den Betrieben und jedes Respekts der Unternehmer berauben. Die einheitliche Zusammenfassung aller Betriebsräte allein gewährleistet, daß sie sich als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben durchsetzen. Diese einheitliche Organisation ist nur auf gewerkschaftlichem Boden und im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften möglich.

Wir richten an alle Betriebsräte im Reiche das dringende Ersuchen, sich nicht von der Propaganda irgendwelcher unberufenen Rätezentralen einfangen zu lassen, sondern sich einzig und allein an die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Berlin SO. 16, Engeufer 15 IV, zu wenden, die jedem die gewünschte Auskunft erteilt.

Landbund gegen Landarbeiterverband.

Vom Deutschen Landarbeiterverband wird den „P. P. N." geschrieben:

Der Pommersche Landbund behauptet in Zeitungsartikeln, daß der Vorsitzende Schmidt vom Deutschen Landarbeiterverband den Streik in Pommern „befohlen" habe. Darauf ist zu erwidern, daß alle unsere Anweisungen vom Vorstand gemeinsam herausgegeben werden. Es ist aber auch bewußte Unwahrheit, daß der Vorstand des Landarbeiterverbandes oder Schmidt persönlich den Streik in Pommern „befohlen" hat. Richtig ist, daß der Vorstand des Landarbeiterverbandes zuletzt noch empfohlen hat, auch zu kreisweisen Verhandlungen in Pommern bereit zu sein. Die Mitglieder des Landarbeiterverbandes sind jedoch in Streik getreten, weil sie die kreisweisen Verhandlungen wieder als eine Verschleppungstaktik des Landbundes ansehen. Die Kreisverhandlungen sind übrigens in Köslin am 16. Juni mit 15 gegen 5 Stimmen beschlossen worden. Nachdem ein halbes Jahr lang die Verhandlungen hingezogen wurden und die Mitglieder endlich einmal ein Resultat sehen wollen, ist diese Handlungsweise der Mitglieder verständlich, wenn sie auch der Vorstand nicht billigen kann. — Nach neuesten Nachrichten handelt es sich in Pommern auch jetzt nur um Teilstreiks in vier Kreisen. Gegenwärtig finden erneut Verhandlungen statt. Daß Notstandsarbeiten nicht verrichtet werden, kann nur einzelne Ausnahmefälle betreffen. Es sei nun darauf hingewiesen, daß z. B. im Kösliner Kreis am 18. Juni auf der Kreisversammlung beschlossen wurde, Notstandsarbeiten zu verrichten. Trotzdem trafen am selben Tage schon wieder Truppen in Höhe von 170 Mann ein, zur Verteilung auf die Güter im Kreise Köslin, was inzwischen auch geschehen ist. Wenn dadurch Unruhen entstehen, dann wird der Pommersche Landbund natürlich wieder behaupten, die Landarbeiter seien daran schuld.

Nach neuesten Nachrichten erklären die Arbeitgeber jetzt wieder, sie würden es überhaupt nicht zur Tarifverhandlungen kommen lassen. Jetzt fordern die Arbeitgeber wieder bezirksweise Verhandlungen, da bei kreisweisen Verhandlungen Einigungen nicht erzielt würden, obwohl im Kreise Dramburg schon eine Einigung erzielt ist. Auf diese Art und Weise werden die Landarbeiter direkt in den Streik getrieben, da, das sprechen wir ganz bewußt aus, der Landbund keine Einigung haben will. Wenn der Pommersche Landbund glaubt, daß der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes sich zum Besten halten läßt, so ist er auf dem Holzwege. Wenn der Vorstand es für notwendig erachten wird, dann wird er auch zum Streik auffordern. Denn auf den Vorwurf, daß wir die Volksernährung sabotieren, und einen Frevel begehen, gehen wir nicht ein, weil es zum Handwerk der Führer des Landbundes gehört, diese Hetze zu verbreiten.

Die internationale Seemannskonferenz. In einem von Albert Thomas beantragten Beschluß der Internationalen Seemannskonferenz wird ausdrücklich davon Abstand genommen, ein Urteil über die Berechtigung des U-Boot-Krieges zu fällen, denn, wie es heißt, Deutschland in seiner Not zur Verteidigung gegen die Blockade begonnen hat. Die Konferenz hat sich darauf beschränkt, es als Forderung des Weltgewissens und insbesondere des Gewissens der Seeleute aller Länder zu bezeichnen, daß den unschuldigen Opfern des U-Boot-Krieges Entschädigung geleistet werde.

Vermischtes.

Die beiden Grenadiere.

Der schlesischen „Bergwacht" entnehmen wir folgende zeitgemäße Parodie:

Nach Pommern zogen zwei Grenadier,
Die waren im Westen entlassen,
Doch glühten sie beide vor Kampfbegier,
Sie wollten die Waffen nicht lassen.

Der eine sprach: „Das Lied ist aus,
Ich möcht es von vorne beginnen,
Doch hab ich Weib und Kind zu Haus,
Die lassen mich nicht von hinnen." —

„Was schert mich Weib, was schert mich Kind,
Ich hab sie in jedem Städtchen,
Laß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind,
Die Welt ist voller Mädchen.

Ich hasse den Frieden, die Emsigkeit,
Ich liebe das Räuberleben,
Paß auf, die Zeit ist nicht mehr weit,
Da wird es was Lustiges geben.

Da fährt der Kaiser, tatü, tata,
Durch die Linden mit Blicken, mit grimmen,
Da brüllt die Menge wieder hurra,
Da laßt uns im Blute schwimmen.

Da schlagen sie sich die Köpfe entzwei,
Da geht ganz Deutschland in Scherben,
Wir aber, am Schluß der Schlägerei,
Wir sind die lachenden Erben."

Versammlungs-Kalender

Bitterfeld. Sozialdem. Verein. Freitag, den 25. Juni, abds. 8 Uhr, Bürgergarten: Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Pikard. Der wichtigen Tagesordnung halber Erscheinen sämtlicher Mitgl. dringend erforderlich. Der Vorstand.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(68. Fortsetzung.)

Als Magdalene merkte, daß er ihr nachginge, blieb sie, halb abgewendet stehen.

„Wir sind schon zwei Närrische," sagte er herantretend. „Wir mögen uns gut leiden, aber weil wir uns nit sagen wollen, daß's anders gemeint is, wie sonst wohl unter zwei verschiedene Leut', und sich jed's fürcht', 's andere könnt's in der Art ausdeuten und falsch versteh'n, so rennen wir ganz unklug umeinander."

„Da is mir völlig ein Stein vom Herzen," sagte sie, „daß du so redst."

„Na, und mir wär' hitzt kein kleiner drauf, wann ich anders g'red't hätt', lachte der Bauer. „Aber demselben seg' ich mich nit aus, das wär', als trät' mer in ein Fuchseisen und könnt' ein' klemmen, daß's schier z'wider wurd'; lieber bin ich aufrichtig! 'n Weibsleuten gegenüber halt' wohl mancher, der sonst der Wahrheit nit feind is, a Lug für erlaubt, vermutlich weil er denkt, die reden auch gern feine Wort' durch die Reuter (Reuter — großes Sieb) und behalten das Grobe für sich; aber ich hab' mich mein' Tag' nit dazu verstehen können, anders zu sagen, als wie mir uns Herz ist, oder wie mir nicht ist, und seit meiner Bäu'rin Tod — Gott tröst d' arme Seel' — hab' ich mich gehüt', einer ein gut Wort zu geben, obwohl mir, wie schon der Welt Brauch ist, d' erste Zeit danach mehr als ein' Saubere und Wohlhäbige selber freundlich unter d' Augen 'gangen, oder von andere nachgeruckt worden ist. D' Leut' hat's freilich Wunder g'nommen, daß ich, noch in schönsten Monjahr'n, Wittiber verbleib', aber sie hab'n sich's derweis z'rechtg'legt, ich tät's der Burgerl wegen; soweit richtig, 'm Kind ein' Stiefmutter geb'n, is all'weil ein' gewagte Sach', denn einer solchen wird all'weil 's eigene Kind lieber sein wie's fremde, und dann gar eine ausz'finden, die sich dazu verstanden hätt', mein arm' sieb' Hascherl rechtschaffen zu betrau'n, — — ich hab' nach keiner g'sucht! Aber laß die sagen!"

Er faßte Magdalene an der Hand und leitete sie ein paar Schritte, dann ließ er sie los und sie gingen nun nebeneinander her, den Kiesweg auf und nieder.

„Mit allein der Burgerl willen war's! Mein Gott, wenn einer weibsnarrisch is, so schwätzt sich ihm bald eine hinauf, red't ihm all' seine Bedenken aus, meint's wohl selber ganz ehrlich dabei und z'letzt nehmen's gar noch d' Kinder zur 'Ausred', daß's wieder heiraten müßten z'weg'n d'l! Nach der Hand weist sich wohl da und anderswo, 's Versprochene war nur verred't. Bei mir hats in derer Hinsicht keine Gefahr g'habt, denn mich hat der Eh'stand weibsscheu gemacht. Ja, schau nur wunderlich, es is nit anderst. Wann ein's, so rechn' ich dich zum Haus g'hörig, ich hab' dir schon einmal vertraut, wovon zwar alle g'wußt hab'n, aber z'fürchten war, sie bemengen dir 's Wahre mir Lug'n, hitzt aber will ich dir anvertrauen, wo niemand d'rum weiß, als ich allein, nit 'mal der doch der Nächste dazu wär', mein Schwiegervater; d' andern, die 's noch ang'gangen is, sein schon aus der Welt. Z'erst hab' 'n auch nur dieselben davon g'wußt, nachtraglich hab' ich's erfahren, hätt's umgekehrt sein mög'n, wär' besser g'west für mich und denktich, auch für ein ander's!

Auf mein' Vater kann ich mich nit entsinnen, ich war noch z' klein, wie mir der verstorben is, ich kenn nur mein' Mutter, auf die bin ich nit wenig stolz g'west, das war ein groß', stark', bildsaus'res Weib, ehrbar und herrisch, geg'n die hat sich keiner mucken dürfen, die hat af'm Grasboden gehaust und g'schafft über ein' Mann, und d' Leut' hab'n ihr nachg'lagt, sie hätt' auch Verstand wie ein solcher, mag ja sein, is oft wenig g'nug damit g'lagt, g'wiß is, sie wollt' mit'm Verstand auch in Sachen aufkommen, wobei nie keiner war, so lang d' Welt steht.

All's war bei ihr schön g'nau ein'teilt und vorg'sehn af Tag', Wochen, Monat', ja af Jahr' hinaus, sie hat 'n Kalender nit nur der heiligen Zeiten wegen aufblattelt, auch 's Obstbaumstutzen, Rubenstutzen, Rubenstecken, 's Kalben der Küh' und d' Säumaft hat sein afg'merkte Zeit g'habt, und wie endlich d' kämma is, wo ich zum Verheiraten war, durft' mer's nit verabsäumen und schon Ordnung halber mußt' ich auch verheirat't werd'n.

Natürlich hat 'mein' Mutter um ein Weib für mich umg'schaut, dagegen wär' nix z' sagen g'west, wenn ich auch gewollt hätt', aber von den Dirnen hat mir's noch keine angetan g'habt und denen gegenüber war ich der Ungeschickt' und verstund mich nit af das Spaßen, aus dem mer gelegentlich Ernst macht, und so war's mir nit z'wider, daß d' Mutter selb' Sach' auf sich g'nommen hat und ich hab' all's Zutrau'n zu ihrer G'scheitheit g'habt. Die hat sich 's Suchen leicht g'macht. Kein' Arme, G'ringe wär' ihr nit zu G'sicht g'standen und uns gleich war niemand in der Gegend als in Hinterwalden der Bauer vom Hof auf der weiten Hald', daß des'en einzig' Kind just ein' mannbare Dirn' war, hat sich mein' Mutter für ein günstig Zeichen ausdeut't und die Haldhofbäuerin hat nur recht und billig g'funden, daß kein anderer wie der junge Grasboden-Bauer ihr' Loisl heimführt. Gescheite Leut' halten sich ja in ihr'n Tun wohl gern an g'scheite Sprüch' und einer von de g'scheiteten dünkt ihnen: gleich und gleich gesellt sich gern, und da danach g'seil'n's oft zwei Leut' z'samm', dö nit ungleicher sein könnten. Aber wo 'mal zwei alte Weiber über so was eins sein, da haben's hundert Kniff' für ein', daß 's zwei so blutjunge Füllen, wie ich und mein Weib damal, wenn gleich eins hüft und 's andere hott will, dann in ein G'schirr spannen!

Wie wir 'm Bauer vom Hof af der weiten Hald unsern ersten B'such g'macht hab'n, da war ich in mein' Sonntagstaat, kein Stäuberl, kein Falterl, kein Spritzerl von Kopf bis zum Fuß, mein' Mutter hat während der Fahrt die Aug'nglaser nit von der Nasen 'bracht; d' Lois aber hat sich im Werktagg'wand berteffen lassen, natürlich, sie mußt' is auch gleich als brave Hausnerin belobt werd'n, sie hat aber so ein reinlich und nett' Ansehn g'habt, daß mer wohl gemerkt hat, die ist auch von ihrer Mutter dazu heraus'putzt g'west. Allzwei war'n wie wir aus'm Schachterl g'hoben. Na, unfreundlich konnt' die Dirn' mit mir nit sein, das wär' doch nit gut an'gangen geg'n ein' Gast, und so sind wir halt randweis ich von meiner Mutter und sie von des ihren zun Reden 'bracht worden und schließlich hat's mir ganz gut an ihr g'fallen, daß 's nit weniger verlegen g'west ist wie ich. Sauber war's und kein Wunder, wie wir uns zum Abschied d' Händ' g'reicht hab'n und ich mir sie daraufhin ang'schaut hab', wie bisher noch kein' Dirn': dö könnt' dein sein, daß mir da mit einmal ganz eigen word'n is!

Na und d'rauf is daheim kein Tag vergangen, wo nit d' Mutter in all'n Guten und Schön' von der Lois g'red't hätt', und so, schätz' ich, wird's wohl auch d' Haldhofbäuerin meiner weg'n g'halten haben, und wär' was Wahr's d'ran, daß ein', von dem fern wo die Red' is, der Schnackerl (Schlucken) stößt, so müßt'n mer damal allzwei d'von a'grund 'gangen sein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200623-19/fragment/page=0006